

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Verkehrsmisere rund um den Bahnhof

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es geht um die Verkehrsmisere rund um den Hauptbahnhof. Die Parksituation vor dem Eingang des Grazer Hauptbahnhofes wird immer problematischer. Man kann wohl ohne Übertreibung davon sprechen, dass sie zu gewissen Zeiten einem Chaos gleicht und es zeitweise fast unmöglich scheint, Fahrgäste vom Bahnhof abzuholen oder zum Bahnhof zu bringen.

Der Stau reicht oft bis weit in die Keplerstraße zurück und blockiert somit auch die Kreuzung am Bahnhofgürtel. Zu gewissen Zeiten, wie am Freitagnachmittag und am Sonntagabend, geht oft sprichwörtlich „gar nichts mehr“. Der Hinweis auf die Garage im anliegenden Hotel stellt sicherlich keine brauchbare Alternative dar. Fast jede Bahnreise ab Graz beziehungsweise nach Graz beginnt beziehungsweise endet daher mit Ärgernissen. Will man etwa auf diese Weise Kunden zum Umstieg auf den Bahnverkehr motivieren? Durch das Blockieren der Bahnhofskreuzung ergibt sich zudem ein zusätzliches Gefahrenmoment.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wird ersucht, dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung am 5. Juli 2012 einen Lösungsvorschlag vorzulegen, der diese Verkehrsmisere rund um den Bahnhof wesentlich entschärft (*Applaus FPÖ*).

2) Handlungsbedarf bezüglich der Parkplatzsituation am Hauptbahnhof

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Ich darf einen dringlichen Antrag vortragen betreffend Handlungsbedarf der Parkplatzsituation am Hauptbahnhof. Kollege Korschelt hat bereits ausgeführt. Medien begleiten uns jetzt seit Wochen und Monaten in dieser Situation, dass am zentralen Bahnhof der zweitgrößten Stadt Österreichs wir ein massives Problem mit dem Parkplatz haben, mit dem Verkehr dort haben und das eigentlich für Pendler, für Reisende, die gerade auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, aber immerhin zumindest Personenkraftwagen benützen, bis sie einmal zum Bahnhof kommen, eigentlich eine unerträgliche Situation ist. Und diese unerträgliche Situation gehört aus unserer Sicht gelöst, da gibt es mehrere Bereiche verkehrstechnisch vor Ort, die Stadt kann sich überlegen, ob man eine Tiefgarage anmieten, es gibt so viele Varianten, wie man etwas lösen kann. Der Eindruck, den ich habe ist, dass das seit Monaten vor uns hergeschoben wird und keine Lösung im Interesse der Menschen dort stattfindet, aber wir Woche für Woche von der Kleinen Zeitung, vom Grazer, von betroffenen Autofahrerinnen und Autofahrern anderer Verkehrsteilnehmer gesagt bekommen, Freunde, macht dort endlich etwas. Und aus diesem Grund, und ich möchte die heutige Gemeinderatssitzung jetzt nicht länger oder verlängern, stelle ich den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die Parkplatzsituation am Hauptbahnhof unter Einbeziehung aller Einwände und Bedenken von Wirtschaftstreibenden, Anrainern und Kunden der ÖBB und Graz Linien zu prüfen und zu entschärfen. Ich bitte um Zustimmung.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** zur Dringlichkeit: Die Diskussion rund um den Hauptbahnhof und die Parkplätze dort ist ja wirklich eine, die schon ein bisschen andauert. Vielleicht ist einigen aufgefallen, dass wir dort derzeit eine große Baustelle haben und deswegen natürlich gerade im Moment die Situation für alle, die dort unterwegs sind, eine schwierige ist. Ich erinnere daran, dass vor allem auch die Leute, die auf die Straßenbahn umsteigen müssen, derzeit extrem weite Wege haben, dass es sehr eng ist, zu manövrieren für die Autobusse, für die RadfahrerInnen momentan keine angenehme Situation ist, das heißt, alle, die momentan den Hauptbahnhof benutzen, wie das übrigens bei jedem Hauptbahnhof, und man hat ja in der letzten Zeit, ich weiß nicht, wie oft Sie mit der Bahn fahren in Österreich, viele Projekte miterleben können, Salzburg, Linz schon vor einer Zeit, Innsbruck schon vor einer Zeit, Westbahnhof war gerade, Bruck ist gerade auch eine große Baustelle, eine Baustelle rund um einen Bahnhof, wo täglich tausende und das ist ja auch richtig erwähnt, zigtausende Menschen um-, aus-, einsteigen, ist natürlich eine Situation, die alle vor große Herausforderungen stellt, das will ich hier gar nicht zur Abrede stellen, das ist für alle, die dorthin kommen oder dort wegfahren, eine große Herausforderung. Jetzt möchte ich nur zwei Punkte dazusagen, was noch am Bahnhof eine Besonderheit darstellt. Vielleicht wissen einige von Ihnen auch, dass wir dort, nicht wir, sondern die Immobilien der ÖBB dort an die Firma Spar vermietet, das ist übrigens die bestgehende Filiale in ganz Österreich, die dort eingemietet ist in diesem Bahnhof, ohne dass damals überhaupt darüber nachgedacht wurde, wie man das mit der

Parkplatzsituation macht bei einem sehr stark frequentierten Geschäft. Ich möchte auch daran erinnern, dass es gegenüber einen Merkur gibt, der sehr wohl eine Lösung zustande brachte, dass in der Tiefgarage die Merkur-Kunden und Kundinnen parken können. Also dieses Problem, wie der Spar dort mit seinen Kunden und Kundinnen umgeht, ist ein Thema, dass innerhalb der ÖBB-Immobilien zu lösen gewesen wäre, als man damals die Bewilligung erteilte, dass der Spar dort reinkommt. Was allerdings natürlich in der Aufgabenstellung der Stadt liegt, ist einerseits jetzt das möglichst gut abzuwickeln und möglichst reibungslos, ganz reibungslos ist unreal, ich denke mir, eine große Baustelle wird immer Probleme bereiten und das zweite Thema, das natürlich auf dem Tablett steht, wie schaut das in Zukunft dort aus? Und da möchte ich noch einen Mythos ein bisschen da entkräften, auch weil er vom Bürgermeister letztes Mal medial ein bisschen bedient wurde. Es ist nicht so, dass die Rücker hergeht, wenn ihr eine Planung vorgelegt wird, dann den Rotstift nimmt und einzelne Parkplätze herausstreicht aus einer Willkür. Das hoffe ich wohl, dass jeder so viel Sachverstand hat da herinnen, dass das keine Form von Stadt- und Verkehrsplanungspolitik ist, dass man hinget, eine Planung vorgelegt bekommt und dann sagt, schauen wir, dass wir möglichst viel Parkplätze herausstreichen. Das ist ein Mythos, der ist wirklich lachhaft, das möchte ich einmal da ganz klar sagen. Was passiert nun am Bahnhof, wie übrigens an allen Bahnhöfen in Österreich (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*)? Ich weiß nicht, sind Sie schon einmal ausgestiegen in Linz, in Salzburg, in Innsbruck überall bin ich schon x-mal ausgestiegen, in Wien wird es auch in Zukunft am Südbahnhof nicht anders sein, Meidling ist dort sowieso ganz ein eigenes Kapitel, Westbahnhof, sind Sie dort jemals ausgestiegen und haben Sie da direkt vor dem Bahnhof, vor den neu errichteten Bahnhöfen eine große Parkzone gesehen, wo Autos längerfristig abgestellt werden? Nein. Aber vor jedem dieser Bahnhöfe gibt es für die Menschen, die ihre Angehörigen, ihre Liebsten, wen immer, zum Bahnhof bringen, das System von Kiss-and-Ride, Sie kennen das, Küssen kennen Sie alle, Ride kann man übersetzen und dann geht jemand weiter, das heißt, die Möglichkeit, jemanden auch privat mit einem Fahrzeug an den Bahnhof zu bringen, dort aussteigen zu lassen, nett zu verabschieden, wie liebevoll immer, manche

machen es leider weniger liebevoll, das wird dort auch in Zukunft gewährleistet sein. Derzeit gibt es drei solcher Kiss-and-Ride-Parkplätze, in Zukunft wird es neun solcher Kiss-and-Ride-Parkplätze geben. Weiterhin wird an den Behindertenstellplätzen, an der Ladezone dort nicht gerüttelt; was sich verändert, das stimmt, es wird die Kurzparkzone von derzeit 39, die dort im Gelände ist, auf zirka, ich würde sagen, laut aktuellem Stand zirka 15 Parkplätze reduziert werden müssen, weil erstens das längerfristige Abstellen von Fahrzeugen für Einkäufe nicht der Zweck des Bahnhofes ist, das ist einmal so. Zweitens, weil es eine Nahverkehrsdrehscheibe ist und die meisten Menschen, 99 % würde ich sagen, die dort täglich aus- und einsteigen, fahren dorthin mit dem öffentlichen Verkehrsmittel, mit dem Taxi, das auch eine gute Gelegenheit bietet, mit schwerem Gepäck anzukommen, ganz viele mit dem Fahrrad, deswegen haben wir auch diesen Nahverkehrsgedanken dort den Planungen unterstellt. Übrigens schon vor mir begonnen wurden und die an und für sich von Fachleuten so entwickelt wurden. Das heißt, neben den Parkgaragen, und da gibt es einige dort, die nicht ausgelastet sind, neben dem Tarif, den wir dort verhandelt haben, am Sonntag in der Ibis-Garage für einen Euro in der Stunde parken zu können, gibt es dort Möglichkeiten, wenn man sein Fahrzeug längerfristig abstellen will, auch weiterhin. Für das kurzfristige Ein- und Ausladen wird es mehr Parkplätze geben und darüber hinaus denke ich mir, dass diese Argumentation, die da kommt von wegen, dass Grünflächen, was war die Behauptung, das muss ich noch korrigieren, Parkplätze geopfert wurden, um Grünflächen auszudehnen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), leider ist das nicht so. Die Grünflächen, die am Ende dort übrigbleiben, weil wir weiterhin vor dem Hotel Daniel Parkplätze haben, weil wir Stellflächen für Busse etc. brauchen, werden leider nicht größer, sondern sie werden durchaus knapper werden, weil eben dort ganz viel Dinge auf einem Platz, der nicht größer geworden ist, in der Dimension unterzubringen sind. Insofern verstehe ich die Diskussion nicht, insbesondere eben nicht in einer Phase einer sehr großräumigen Baustelle, die jede Woche, jede zweite Woche ihre Dimension verändert. Ich kann aber eine gute Nachricht an alle übermitteln, im November ist diese Baustelle vorbei und dann werden wir sehen, wie es dann funktioniert. Ich gehe davon aus, dass es

sehr gut funktionieren wird. Insofern kann ich der Dringlichkeit im Namen des grünen Klubs nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Man muss sich einfach zu diesen dringlichen Anträgen zu Wort melden, auch wenn einige Kollegen gebeten haben, darauf zu verzichten aus zeitökonomischen Gründen, aber das ist heute wieder einmal ein Beispiel einer Grazer Verkehrspolitik, wie sie nicht passieren sollte und muss natürlich auch Anlass sein, dass man darüber debattieren soll und debattieren darf. Eines muss man ja der Frau Vizebürgermeister und zuständigen Verkehrsreferentin zugute halten, sie ist total linientreu, sie bleibt bei der Devise, sie will keine Autofahrer, sie will den Autofahrern das Fahren, das Parken, das Halten in Graz nicht erleichtern, sondern erschweren und auch hier ist es ihr wieder anscheinend recht gut gelungen und ihrem Team, hier Maßnahmen zu setzen, dass eben ja der Grant bei den Autofahrern, bei den Zugpassanten, wer immer, bei Einkäuferinnen, bei Einkäufern, bei Bewohnern riesengroß ist und deshalb verstehe ich auch diese beiden dringlichen Anträge, die wir auch in dieser Form, nicht nur was jetzt die Dringlichkeit betrifft, sondern was auch den Inhalt betrifft, natürlich hundertprozentig unterstützen. Und wenn ich hier heute zugehört habe die Argumente der Frau Vizebürgermeister, dann wäre ich ja eher so auf die Idee gekommen, sie ist Beziehungsreferentin und nicht Verkehrsstadträtin, weil ihr es eher um die Frage des Küssens gegangen, aber das Wort des Parkens, des Haltens, eines ordnungsgemäßen Ablaufes des Verkehrs im Bereich des Hauptbahnhofes ist nicht unbedingt heraus- und hervorgegangen. Und eines muss man schon sagen, wenn man sich dort am Hauptbahnhof bewegt, ist es schon so, bei allem Verständnis, dass es eine Großbaustelle ist, dass wir alle begeistert sind ob des neuen Bauwerks, aber ich glaube, gerade in Fragen der Verkehrsführung der Parkplatzgeschichten könnte man etwas anderes tun. Und was schon auch dazukommt, und was die Frau Vizebürgermeister hier in den Raum

gestellt hat, ab November wird möglicherweise alles besser, wird alles anders und die Wogen werden sich glätten, dann darf ich nur einmal darauf hinweisen, dass unser Bezirksvorsteher Otto Trafella, der wie gesagt, fast täglich vor Ort ist, bereits vor vielen Jahren dazu beigetragen hat zu diesem Artikel in der Kronen Zeitung: „Verkehrschao am Bahnhof birgt viele Gefahren“. Schon damals ohne Baustelle war der Bahnhof echte Baustelle, nämlich in Angelegenheiten Verkehr. Heißt im Klartext, und da darf ich auch noch erinnern die Frau Vizebürgermeister, die ja vor ungefähr zwei Jahren auch bei einer Bürgerversammlung im Bezirk Lend dabei war, wo es nicht nur darum gegangen ist, jetzt das direkte Nahfeld des Hauptbahnhofes mit der Problematik der fehlenden Parkplätze, der Sonntagseinkäufer etc. sondern, dass sich auch wahnsinnig viele Anrainerinnen und Anrainer in den umliegenden Straßen hier über die Situation in Bezug auf Parkverhalten, Suchverkehr und, und, und, beschwert haben, das war vor zwei Jahren, wo die Frau Vizebürgermeister dort vor Ort war, sich die Probleme, sich die Sorgen der Bewohner angehört hat und bis heute ist nichts geschehen und dann heute hier an das Rednerpult zu treten und zu sagen, ich sehe keine Dringlichkeit, wo bereits vor fünf Jahren darauf aufmerksam gemacht worden ist, wo vor zwei Jahren in einer Bürgerversammlung sie persönlich gebeten wurde, hier einzugreifen, hier einzuschreiten, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation beizutragen, das finde ich natürlich schon ein starkes Stück heute, diese Politik, die aus unserer Sicht nicht unbedingt die richtige Verkehrspolitik für die Grazerinnen und Grazer ist, hier zu verteidigen, ist ein starkes Stück. Wir selbstverständlich sind für geordnete Verhältnisse im Straßenverkehr, wir wollen Parkplätze dort auch haben, damit Besucherinnen/Besucher, Bewohnerinnen/Bewohner dort auch entsprechende Parkmöglichkeiten, Haltemöglichkeiten vorfinden nicht nur jetzt für die Anrainerinnen und Anrainer, sondern selbstverständlich auch für Käuferinnen/Käufer, Besucher des Sparmarktes und, und, und. Hier gilt es, eben kreativ zu sein und Maßnahmen zu suchen, ob jetzt in Tiefgaragen oder in sonstigen Alternativabstellmöglichkeiten, das erwarten wir von einer Vizebürgermeisterin, die Verkehrsreferentin ist und in diesem Sinne ein hundertprozentiges Ja zu beiden dringlichen Anträgen und auch dem Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Lieber Klaus Eichberger, ich freue mich schon, wenn du nächstes Jahr Verkehrsstadtrat bist, auf deine kreativen Lösungen.

Zwischenruf GR. Eichberger: Wieso warten wir bis zum nächsten Jahr?

Der Antrag von GR. Mag. Korschelt wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag von GR. Grosz wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Kernstockgasse/St.-Andrä-Platz - Anrainerbeschwerden

GR. **Neumann**, GR. Dipl.-Ing. **Topf** und GR. Mag. **Molnar** stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Neumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf gemeinsam mit Kollegen Georg Topf und Kollegen Andreas Molnar diesen Antrag einbringen. Es geht um den St.-Andrä-Platz und die dort vorhandenen Anrainerbeschwerden. Von den Bewohnerinnen und Bewohnern rund um den seit März des vorigen Jahres neu benannten St.-Andrä-Platzes werden immer wieder massive Beschwerden darüber geführt, dass unter anderem beziehungsweise vor

allem auch die Personen, die das VINZI-Nest in der Kernstockgasse 14 auch nicht besuchen, das Vinzi-Nest versteht sich als Notschlafstelle für Ausländerinnen und Ausländer und ist täglich von 18.00 bis 7.00 Uhr geöffnet, sich allerdings dort sehr lautstark aufhalten, Motoren von abgestellten Fahrzeuge laufen lassen, Unrat, Kleidungsstücke, Essensreste etc. zurücklassen und bedauerlicherweise auch direkt am Platz oder im Nahbereich des Platzes ihre Notdurft verrichten.

Dabei kommt es naturgemäß zum Teil zu unerträglichen Lärm- und Geruchsbelästigungen, aber klarerweise auch zu einer starken Verschmutzung des Platzes.

Diese Situation wurde auch in einer durch das Friedensbüro initiierten Versammlung am 22.9.2011 unter dem Motto „Verbesserung des Zusammenlebens um den St.-Andrä-Platz“ eingehend diskutiert, wobei die Themenbereiche „Parken“, „Fäkalien“, „Campieren“, „Müll“, „unleidliches Verhalten“ und „Lärm“ angesprochen wurden. In diesem Zusammenhang wird ebenso auf das Ergebnisprotokoll einer Besprechung in der Stadtbaudirektion vom 13.10.2011 verwiesen.

Auch hat Kollege Gemeinderat Georg Topf in der Gemeinderatssitzung vom 20.10.2011 bereits einen einfachen Antrag zu diesem Thema gestellt, der bisher leider noch nicht beantwortet wurde.

Ebenfalls wurde vom Bezirksrat Gries ein diesbezüglicher Antrag am 5.7.2011 einstimmig verabschiedet, an dieser Stelle möchte ich auch den Bezirksvorsteher von Gries Jonny Heidinger herzlich hier begrüßen (*Applaus ÖVP*).

Ein Lösungsvorschlag seitens der Antragsteller wäre ein Parkverbot am St.-Andrä-Platz von 20.00 Uhr bis 7.00 Uhr früh. Tagsüber wäre eine Kurzparkzone eine praktikable Lösung, die vor allem wichtig für die Eltern der Kinder ist, die im dortigen Kindergarten verweilen und am Sonntag könnten auf diese Art und Weise natürlich auch die Kirchgänger und Kirchgängerinnen problemlos dort parken.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, da sei mir noch der Nebensatz erlaubt, dass durch diese komplexe Problematik dort entsprechend mehrere Abteilungen betroffen sein werden und wir den Herrn Magistratsdirektor bitten, die betroffenen Abteilungen zu bestimmen beziehungsweise zu beauftragen, eine sowohl für die NutzerInnen brauchbare als auch für die AnrainerInnen des Platzes vertretbare Lösung für diese Lärm-, Verschmutzungs- und Geruchsproblematik am St.-Andrä-Platz, zwischen Pfarrkirche und Pfarramt, gemeinsam mit der Pfarre, NachbarvertreterInnen und dem mit dieser Problematik bereits befassten Friedensbüro zu erwirken, um den Platz wieder einer geordneten und verträglichen Nutzung zuzuführen.

Dem Gemeinderat soll hierüber bis zu seiner Sitzung im Oktober ein Bericht vorgelegt werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, Herr Bezirksvorsteher, Servus liebe Antragsteller! Nachdem ich dort seit eineinhalb Jahrzehnten Nachtdienst mache im Vinzi-Nest in der Kernstockgasse 14, kenne ich natürlich die Missstände und die Umgebungsverhältnisse im Besonderen sehr gut, habe natürlich auch genauere Kenntnis, habe mich auch mit dem Hermann Klettler zusammengesetzt, dem Pfarrer von St. Andrä. Der darauf hinweist, und da bin ich gleicher Meinung, dass es ja nicht nur Missstände gibt, sondern auch sehr viel Erfreuliches am St.-Andrä-Platz, nämlich bevor das Vini-Nest öffnet jeden Abend, jeden Tag können die dortigen unterzubringenden Romas und andere nicht nur an Gehsteigen und Hauseingängen herumhängen, wie das so schön heißt, sondern den schönen Platz auch nutzen bis zum Öffnen des Vinzi-Nestes. Es gibt ja auch dann die Möglichkeit, die Kinder der

angrenzenden Schulen, vom Pfarrkindergarten nützen den Platz gerne zum Treffen, der Platz ist auch wunderschön geeignet für größere und kleinere Veranstaltungen. Zuletzt, Herr Bezirksvorsteher, war das ja beim Frühstück der Nachbarschaft am 12. Mai und war ein großartiger Erfolg und die Leute, die in der Andräkirche den Gottesdienst besuchen, stehen gerne nach der Messe auf dem Platz zusammen, gar keine Frage, kenne ich selber. Ein gemeinsames Gartenprojekt „Gottesacker“ bietet seit zwei Jahren den NachbarInnen und anderen Einzelpersonen, Gruppen der Volksschule, dem Kindergarten ISOP die Möglichkeit, Blumen und Gemüse zu pflanzen und ernten und dieses Projekt verändert die Platzatmosphäre sehr, sehr positiv. Also es gibt nicht nur Missstände und Negative, sondern auch sehr viel Positives. Ich bin der Ansicht, wir unterstützen den Antrag sowohl inhaltlich als auch in der Dringlichkeit und ich habe auch mit dem Pfarrer Klettler gesprochen, der unterstützt das auch selbstverständlich das generelle Parkverbot, wie er da im Antrag formuliert ist. Er meint nur, es wäre gut und recht und notwendig, dass die Stadt einen Platz am Stadtrand fände und dafür bestimmten Durchreisenden unterschiedlichster Provenienz die Nächtigung ermöglicht, auch mit Toilettenzugang.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Die Reininghausgründe.

GR. **Herper:** Das wäre natürlich die Möglichkeit, der Platz müsste generell einmal saniert werden, da gibt es schon eine Begehung, zu der die Grünraumabteilung eingeladen hat, die Maßnahme ist für 2013 angekündigt und der Hermann Klettler meint noch, das Kunstprojekt von Markus Wilfling, das mittels einer Ausschreibung vom Institut für Kunst im öffentlichen Raum initiiert wurde, sollte so rasch wie möglich umgesetzt werden. Es sieht nämlich vor den Abbruch des bestehenden Pavillons und sieht vor, dass nämlich das geplante Objekte vom Markus Wilfling, eine

überdachte Unterstehmöglichkeit, für die Wartenden einen Platz bietet. In dem Sinne gibt es viele Anregungen, Unterstützenswertes und wir begrüßen sehr diese Initiative und wir unterstützen gerne diesen dringlichen Antrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Berufsberechtigung

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Spath**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Bei meinem dringlichen Antrag geht es um die Berufsberechtigung für die BMHS-AbsolventInnen. Die Ausbildung an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, wie Handelsakademie, HTL, HLW, BAKIP, Tourismusschulen, Sozialschulen setzt sich aus Allgemeinbildung, Fachtheorie und Fachpraxis zusammen. Die AbsolventInnen können unter anderem unmittelbar nach der schulischen Ausbildung in das Berufsleben einsteigen, da sie an den BMHSen den Beruf nicht nur kennenlernen, sondern auch erlernen. Die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen haben international ein sehr hohes Ansehen und tragen wesentlich dazu bei, dass die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land im europäischen Vergleich auf sehr niedrigem Niveau ist.

Derzeit ist wieder eine intensive Diskussion im Gange, in der es darum geht, über welche Berufsberechtigungen die AbsolventInnen nach erfolgreichem Abschluss der schulischen Ausbildung verfügen. Bis 1993 war im § 28 Berufsausbildungsgesetz der

Ersatz von Lehrzeiten und der Ersatz der Lehrabschlussprüfung für AbsolventInnen der BMHS geregelt. Seither gibt es für AbsolventInnen der BMHS nur mehr die Möglichkeit der Anrechnung von Lehrzeiten (bis max. 1,5 Jahre) und es werden keine Lehrabschlussprüfungen mehr ersetzt. Dieser Umstand führt vermehrt dazu, dass immer mehr AbsolventInnen der BMHS, mangels Anerkennung ihrer erworbenen Qualifikationen und Berufsberechtigungen im Rahmen der schulischen Ausbildung, in eine Lehrausbildung gedrängt werden. Gravierende negative Auswirkungen für den Einzelnen, Verlängerung der Grundausbildung, finanzielle Einbußen, etc., aber auch für den Staat höhere Ausbildungskosten, sind die Folge.

Durch diese in der Vergangenheit erfolgte Gesetzesänderung müssen AbsolventInnen der BMHS – trotz Berufsdiplom – noch einmal eine Lehre absolvieren, da die schulisch erworbene Qualifikation nicht anerkannt werden muss. Auch die öffentliche Hand müsste ein Interesse haben, dass AbsolventInnen der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im jeweiligen Berufsfeld der Ausbildung mindestens einen Lehrberuf sicher anerkannt bekommen.

Ich möchte hier einige Beispiele anführen:

- Ein/e HAK/HAS - AbsolventIn bekommt den Lehrabschluss im Beruf Bürokaufmann/Bürokauffrau nicht ersetzt.
- Ein/e AbsolventIn der HBLA Tourismus bekommt die Lehrabschlussprüfung in den Berufen Hotel- und GastgewerbeassistentIn und Restaurantfachmann/-frau nicht anerkannt.
- Ein/e Fachschul - Bautechnik - AbsolventIn bekommt die Lehrabschlussprüfung im Beruf Maurer/Maurerin nicht angerechnet.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

dringlichen Antrag,

der Grazer Gemeinderat möge an den Bundesgesetzgeber herantreten und ihn auffordern, wieder im Berufsausbildungsgesetz zu verankern, dass AbsolventInnen

der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen in jedem Berufsfeld der Ausbildung mindestens einen Lehrberuf sicher anerkannt bekommen (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Mittagessen für von Armut betroffene Kinder an Grazer Schulen

GR.ⁱⁿ **Meißlitzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 3. Juni hat es eine Zeitungsmeldung gegeben, in der steht, dass 797 junge Grazer nicht einmal eine richtige Mahlzeit am Tag haben.

Ich habe bereits am 7. Juni, also vor fast genau einem Jahr, an Frau Stadträtin Grabner die Frage gerichtet, welche Maßnahmen sie in ihrem Ressorts im Zusammenhang mit dem „Aktionsprogramm“ gegen Armut gesetzt habe. Wobei mir versichert wurde, dass ein Punkt des Aktionsprogramms auch „Bewusstseinsbildungsarbeit an Schulen“ sei. Konkretes geschehen ist in diesem Bereich bis heute nichts – weder, was die Enttabuisierung des Themas Armut betrifft, noch im Bereich von Prävention.

Dabei gibt es dringende Notwendigkeiten, aber auch Möglichkeiten, geeignete Schritte zu setzen. Konkret denke ich in diesem Zusammenhang an diese Pressemeldung vom 3. Juni, wonach 797 junge GrazerInnen bis 16, das heißt also Schulkinder, nicht einmal eine richtige Mahlzeit am Tag haben. Dem könnte man durchaus begegnen, indem man diesen jungen Menschen in unseren Grazer Schulen ein Mittagessen zur Verfügung stellt, das in der Zentralküche zubereitet wird und mit der generellen Essenslieferungen für die Nachmittagsbetreuung zusätzlich zugestellt werden könnte.

Mit Juli 2012 wird das GGZ, also die Geriatrischen Gesundheitszentren, nicht mehr von der Zentralküche beliefert, das heißt, die Zentralküche hätte hier freie Kapazitäten, die in diesem Sinne genutzt werden könnten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen mögen überprüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Möglichkeit besteht, ab September 2012, sprich: ab Schulbeginn, Essen für von Armut betroffenen jungen Menschen in den Grazer Schulen zur Verfügung zu stellen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Ja, Kollegin Meißlitzer, ich habe Ihnen was mitgebracht, das war gestern nämlich auch Thema bei der Feinstaubdiskussion. Die Aussagekraft von Durchschnittswerten, die mittlere Temperatur auf der Erde beträgt in Bodennähe 15 Grad Celsius, das hilft aber relativ wenig, wenn man in Sibirien landet. Der Herr Kloiber, und ich habe Ihnen das gesagt, hat diese Zahl

heruntergerechnet aus einer UNICEF-Studie, wo er von vielen Millionen Menschen heruntergerechnet hat auf eine Anzahl von jungen Menschen bis 16 in Graz. Auf Rückfrage beim Kollegen Schmidt, Pressesprecher der Caritas, hat dieser ihm mitgeteilt, dass er das so nicht machen kann und dass es ein kompletter Quatsch ist die Zahl. Daraufhin hat ihm die Caritas sogar Zahlen zur Verfügung gestellt aus dem Armutsbericht. Er hat das nicht zur Kenntnis genommen, hat zwar die Zahlen der Caritas dann auch verwendet in seinem Artikel, aber die Zahl trotzdem stehen lassen. Jetzt, da Sie ja lange Zeit auch Leiterin einer Grazer städtischen Einrichtung waren, gehe ich davon aus, dass Sie wissen, dass ein dringlicher Antrag die Qualität eines Gemeinderatsantrages ersetzt. Das heißt, wenn bei uns ein Antrag hereinkommt, vorberaten in diversen Ausschüssen, dann gehen wir davon aus, dass ein Motivenbericht ordentlich recherchiert ist und dass man sich darauf verlassen kann. Wenn ein Beamter der Stadt Graz hergeht und uns so etwas vorlegt, dann würden in den Ausschüssen alle sagen, ja bitteschön, wie kommen Sie zu der Zahl, der sagt, na ja, der sagt, da gibt es einen UNICEF-Bericht und da gibt es viele Millionen Kinder, die haben nichts zu essen und wenn ich das herunterrechne auf die Zahl, dann komme ich auf diesen Wert. Es stimmt einfach nicht und deshalb wundert es mich, dass so ein Antrag als dringlicher Antrag gestellt wird. Dass man immer noch nachdenken kann, ob es noch irgendwo Kinder gibt, die eventuell noch günstig ein Essen brauchen, dann kann man da gerne drüber reden, dann macht man einen normalen Antrag, aber einen dringlichen Antrag aufgrund einer solchen Zahl zu machen, das ist wirklich, das wundert mich, dass eine Partei, die einen gewissen staatstragenden Impetus noch ein bisschen mit sich führt, so einen Antrag überhaupt zulässt und nicht schon im Klub sagt, na bitteschön, aufgrund so einer Zahl machen wir jetzt keinen dringlichen Antrag. Ich würde wirklich ersuchen, gerade in den Schulen haben wir sehr stark auch uns bemüht, von den Kosten herunterzukommen, wir haben erst vor kurzem beschlossen, dass noch einmal das Essen reduziert wird, alle Kinder in Grazer Schulen, und wer es sich nicht leisten kann, kann auch eine Förderung bekommen, bekommen ein ordentliches Mittagessen in Schulen, wo es auch möglich ist. Die einzige Gruppe von Kindern, die nicht erfasst sind, das ist ein Problem tatsächlich, da

könnten wir einmal drüber nachdenken, ob man nicht an die Bundesregierung herantreten, dass auch Kinder schulpflichtig sind, die jetzt von Erntearbeitern, Zeitarbeitern beziehungsweise auch theoretisch auch von Bettlern mitgenommen werden, sodass wir eventuell auch diese Gruppe erfassen können, weil das ist die einzige Gruppe, die wir in Graz nicht erfassen. Das heißt, ich würde wirklich ersuchen, wenn wir so einen Antrag diskutieren, dann nicht aufgrund einer, jetzt sage ich es einmal etwas salopp, einer „Kaszahl“ vom Grazer, die hinten und vorne nicht stimmt, der trotz besseren Wissens das schreibt, wo der Harald Schmidt ihm peinlich war, dass der Name der Caritas in so einem Artikel vorkommt. Wir können immer gerne über Armut und können auch über dass Tun reden, aber nicht mit einem dringlichen Antrag in der Form und dann, muss ich Ihnen auch noch dazusagen und dann noch formuliert in Richtung, na ja, jetzt haben wir festgestellt, dass es da arme Leute gibt, wer könnte zuständig sein, dann geben wir es einmal zur Schule hin, weil ich meine, trotz allem im Land und in der Stadt haben wir Verantwortlichkeiten, die heißen Schrittwieser und Schröck. Also bitteschön, das ist hinten und vorne wirklich nicht gut überlegt und ich habe es gestern telefonisch gemacht, ich habe es heute auch noch einmal gesagt, auf dem Niveau einen Antrag zu schreiben, das ist eher nicht angebracht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Kollege Rajakovics, so einfach kann man es sich auch nicht machen. Einen Hungernden in Graz als „Kaszahl“ zu bezeichnen, jetzt unabhängig ob diese Ziffer 797 stimmt oder nicht, oder wie du richtigerweise vielleicht sogar vermutest, eine heruntergerechnete Ziffer ist. Aber ich sage dir eines, ein Hungernder ist einer zuviel...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das brauchst du mir nicht zu erzählen.

GR. **Grosz:** Offenbar schon, weil deine Wortmeldung grenzt für mich an menschenverachtenden Zynismus. Hier heraußen von „Kas“ im Zusammenhang von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben müssen, vor allem Kindern, nicht anderen, die sich wehren können, sondern Kinder (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), das ist menschenverachtender Zynismus. Der Antrag von der Kollegin Meißlitzer zumindest in dem Beschlusstext ist komplett gerechtfertigt und auch zu unterstützen. Weil der Antrag sagt, dass die zuständigen Abteilungen überprüfen sollen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Möglichkeit besteht, ab September 2012 Essen für von Armut betroffenen jungen Menschen in Grazer Schulen zur Verfügung zu stellen. Er spricht nicht von 797...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GR. **Grosz:** Ja kann man einmal diese Faschingssitzung beenden, ich meine, ich habe gerade das Wort, noch dazu zu so einem Thema. Sehr geehrte Damen und Herren, wo sind den eure christlich sozialen Wurzeln, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP? Eine Gemeinderätin...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Jedes Kind bekommt ein Essen.

GR. **Grosz:** ...dieses Hauses stellt einen berechtigten dringlichen Antrag, auch aufgrund der Medienberichterstattung und sagt, jawohl, es gibt offenkundig ein

Problem und will, dass dieses Problem geprüft wird und will, dass dieses Problem behoben wird und da kommt ein Mandatar eurer Fraktion heraus, spricht von „Kaszetteln“...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: „Kaszahlen“.

GR. **Grosz:** „Kaszahl“, noch besser, also die Ziffer der jungen armutsbetroffenen Menschen ist eine „Kaszahl“, gratuliere zu diesem sozialen Gewissen. Und wünscht nichts anderes und wird dann begegnet, dann hättest halt einen einfachen Antrag eingebracht, dann kann man drüber reden. Ich meine, wo sind wir? Wir unterstützen den Antrag, weil es richtig ist, weil es sinnvoll ist, wir sehen darüber hinweg über eine mathematische Unschärfe aufgrund dieser Studie, die heruntergebrochen ist, aber das kann uns doch nicht davon abhalten zu sehen, dass es ein Problem gibt und über Ziffern zu streiten, anstatt dass wir darum ringen, eine Lösung für die jungen Menschen in diesem Gemeinderat zustande zu bringen, der definiert sich über Zahlen und andere definieren sich über Lösungskompetenz und dieser Graben in diesem Gemeinderat zu diesem Thema wird aufgrund der Abgehobenheit einiger immer größer.

GR. **Rajakovics:** Zur tatsächlichen Berichtigung Gerald, ich habe nicht davon gesprochen, dass es eine „Kaszahl“ ist, sondern dass die Recherche ein „Kas“ ist und aufgrund solcher Zahlen man nicht einen Text für den Gemeinderat vorlegen soll, sondern dass das ordentlich recherchiert gehört. Und es ist genau auf dieser Bank sitzen Leute, die Verantwortung haben, zum Glück kommst du nie in die

Verlegenheit, weil wie viel Verantwortung du tragen würdest, weiß ich eh nicht und man kann über alles reden, das habe ich ausdrücklich betont, aber nicht aufgrund solcher Zahlen, die in einem Grazer veröffentlicht sind und so schlecht recherchiert sind (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ werden wir dem vorliegenden Antrag zustimmen, weil wir auch der Ansicht sind, dass jedes Kind oder jeder Jugendliche die keine Mahlzeit pro Tag irgendwie haben, eine und einer zuviel sind. Jetzt zeigt mir aber die Debatte, dass im Prinzip bei uns Armut nicht erklärt wird, sondern gemessen und da können mittlerweile statistische Zahlen zielgruppenspezifisch erhoben werden, ich kann Zahlen nach unterschiedlichen Gesichtspunkten werten, beurteilen, was auch immer, deutlich wird nur, dass wir an Erscheinungsformen ansetzen. Was natürlich teilweise schon auch richtig ist oder auch Handeln auf dieser Ebene ein notwendiger Schritt ist, aber letztendlich nur eine kosmetische Korrektur, wenn ich nicht die Ursachen von Armut mitbedenke und in diese Richtung handle und da sehe ich ein ganz massives Problem, das sich vor allem also auf der Landesebene ganz drastisch widerspiegelt nämlich die Reformpartnerschaft von SPÖ und ÖVP haben mit ihren Sparmaßnahmen Verschärfungen in einem besonderen Maße auf verschiedensten Ebenen erzielt und umgesetzt, die noch weiter ein Ansteigen der Armut und eine Folgewirkung in einem massiven Ausmaß für mich irgendwie nach sich ziehen werden und für mich ist es nicht wichtig, wie viele Zahlen ich wo heranziehen kann, sondern für mich ist nur wichtig, dass ich auf der Ursachenebene Maßnahmen setze, politisch handle und da hoffe ich, dass auch die hier vertretenen Parteien auf die Landesregierung entsprechend einwirken, dass also geplante Vorhaben, die wir jetzt schon irgendwie mit nächsten Kürzungen und Schritten, das was man so vernimmt, nämlich auch in Bezug auf Jugendliche vor allen, weil nämlich Lern- und Sozialbetreuung auch gestrichen werden soll, also es gibt schon unterschiedliche Überlegungen, ein

nächstes Sparpaket, einen nächsten drastischen Einschnitt mit Kürzungen umzusetzen und da erwarte ich mir, dass die Parteien hier ihren eigenen Kollegen und Kolleginnen der Landesregierung zumindest deutlich machen, dass das aufhören muss und dass man Maßnahmen setzen muss, die eben präventiv in Bezug auf Armut beziehungsweise auch Menschen aus der Armut herausholen bedeuten muss und da sehe ich für mich das wirkliche, das tatsächliche Problem, dass es anzupacken gilt (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Selbstverständlich ist die Sache eine dringliche, aber schauen wir noch kurz zum Antrag. Im Antrag selber steht: Laut einer Zeitungsmeldung gibt es 797 junge Grazerinnen und Grazer. Das stimmt nicht, das kann man natürlich so nicht ermitteln, das ist völlig klar, wird im Antrag auch nicht suggeriert, ich würde aber auch nicht mit so exakten Zahlen arbeiten im Bereich, wo es Dunkelziffern gibt. Die Zahl ist natürlich nicht bekannt. Aber es ist völlig unerheblich, ob es ein paar mehr oder weniger sind. Also ich glaube, es gibt junge Grazerinnen und Grazer ohne richtige Mahlzeit, ohne warme Mahlzeit, das ist ein Punkt und deswegen ist die Sache dringlich, ganz ohne Frage, nur ich selber habe irgendwas nicht ganz verstanden, scheint so, weil ein bisschen kenne ich mich bei den Schulen auch aus, ich wüsste nicht, dass in den Schulen jedes Kind ein Essen kriegt. Die, die in Betreuung sind, ja, aber das sind nicht alle, es geht um alle Kinder, es gibt ja Kinder, die nicht in Betreuung sind und gerade auf die müssen wir schauen. Die in Ganztagsbetreuung sind, auf die haben wir eh schon mehr Einfluss, um die können wir uns eh schon mehr kümmern, aber nicht alle armen Kinder sind in Ganztagsbetreuung, liebe Kolleginnen und Kollegen, das dürfte Ihnen nicht neu sein oder sonst ist es eine Tragik. Um die wird es gehen und um das müssen wir schauen und in diesem Sinn volle Unterstützung für die Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabner** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin oder auch alle werte Gemeinderäte, die zu diesem Thema gesprochen haben. Es ist unglaublich, dass nicht nur hier Zahlen oder Dinge in den Raum gestellt werden, wenn sie auch nicht überprüft werden. Es gibt in Graz keine Kinder, die in die Schule gehen und kein Essen bekommen, alle die angemeldet sind, bekommen selbstverständlich ein Essen. Darf ich daran erinnern auch noch, dass wir erst die Elternbeiträge gesenkt haben im letzten Gemeinderat und wer denn, wenn Sie sich noch erinnern, hat denn ein bisschen Steine in den Weg gelegt und ich musste dafür kämpfen, dass wir 30 % noch senken können, denn ein paar Fraktionen waren nicht so dafür zu Beginn. Was die Essensbeiträge an sich noch anbelangt, ist dass wir sogar abschreiben im Jahr rund jährlich 12.000 Euro für all jene, die es sich nicht leisten können und nicht leisten im Monat 13 Euro, auch das nehmen wir in Kauf, überhaupt kein Thema. Es hat niemand und wird niemand in Graz hungern, aber es ist wirklich ungeheuerlich, das auch zu sagen, dass jemand kein Essen kriegt. Es gibt die Lerncafés, auch dort wird von uns unterstützt. Wenn ich die Projekte der Bewusstseinsbildung hernehme, sind es allein im Jahr 60 Projekte. Ich wende von den Mitteln, und es ist kein Cent eingespart worden, nicht nur Budgetkürzungen, auch wo Einsparungsmaßnahmen links und rechts da sind. Im Schulbudget, wo wir eigentlich nur die Pflicht zu tun haben, investieren wir jährlich 600.000 Euro, um Bewusstseinsbildung für unsere Kinder zu schaffen und auch die Eltern zu unterstützen und dann heißt es, es ist nicht getan worden (*Applaus ÖVP*), ich meine, das ist unglaublich. Es wäre sehr fein, im Vorfeld sich auch nicht nur über Zeitungsartikeln zu erkundigen oder Themen zu stellen, sondern sich auch bei den Zuständigen, nicht nur Regierern, zu erfragen, was getan wird und was wir schon getan haben. Jedenfalls die Eltern, Kinder und auch die Schulen sind uns dankbar und flächendeckend machen wir Projekte, wie keine andere Stadt und investieren immer mehr. Ein Thema vielleicht noch anzusprechen, die

Bildungslandesrätin hat uns nicht mehr, nicht einen Cent mehr gegeben für Schulsozialarbeit, auch das ist Bewusstseinsbildung. Aber wir die Stadt, wir haben noch mehr Geld in die Hand genommen, weil wir wissen, es ist ein dringendes Thema, ein Thema zu behandeln und es sind Dinge, die zu unterstützen sind. Und gegen Armut, da sind wir alle gefordert, da haben Sie vollkommen Recht, aber Dinge in den Raum zu stellen, die nicht der Tatsache entsprechen, denn bei uns muss kein Kind hungernd hinausgehen (*Applaus ÖVP*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also Frau Gemeinderätin Meißlitzer, ich schätze dein soziales Engagement durchaus, aber ich nehme auch für mich durchaus in Anspruch, dass ich, wo immer ich solche Nöte erkennen sollte, auch Handlungen entsprechend setze. Und wenn wir jetzt davon ausgehen, dass zum Beispiel 98/99 % aller Drei- bis Sechsjährigen in Kindergärten bereits in Betreuung sind, dann haben sie dort ein Essen. Von welchen Zahlen reden wir überhaupt? Wenn du forderst, dass wir alle Kinder in den Schulen, also primär einmal schauen, dass alle Kinder in Grazer Schulen ein Essen bekommen, ja dann können wir aber eigentlich in erster Linie nur von den Grazer Pflichtschulen reden und in zweiter Linie nur von jenen Grazer Pflichtschulen, die eine ganztägige Schulform haben, sprich mit Mittagessen, und dann noch von den Kindern, die diese ganztägige Schulform überhaupt nutzen, weil sie sich anmelden. Weil an finanziellen Hindernissen kann es dort ja nicht scheitern, weil wir stützen es herunter auf gegen null und auch das Essen wird gestützt auf gegen null, weil es unser dringliches Anliegen ist, und da fühle ich mich persönlich betroffen, wenn jemand sagt, in Graz hungert ein Kind, weil uns das wichtig ist, dass jedes Kind ein Essen hat und dass jedes Kind eine Ausbildung hat (*Applaus ÖVP*). Und es ist überhaupt nicht angebracht, das überhaupt zu erwähnen, aber selbstverständlich wie ich seinerzeit noch Schulreferent war, da sind PädagogInnen auf mich zugekommen und haben gesagt, Sie, wir haben da ein oder zwei Kinder, ich weiß ganz genau, es wäre wichtig, dass das Kind in der Nachmittagsbetreuung ist, aber die Eltern trauen

sich nicht, sie glauben, sie können sich es nicht leisten, können wir da nicht helfen? Ich habe persönlich aus meiner Tasche für zwei Kinder so was wie eine Patenschaft übernommen, weil es uns wichtig ist (*Applaus ÖVP*) und ich habe ja prinzipiell kein Problem damit, dass wir immer dorthin schauen und besonders aufmerksam sind, wo ein Kind, gerade ein Kind vielleicht nicht einmal ein Essen kriegt. Aber ich lasse mich nicht als Referent und nicht die Kollegin als Referentin und schon gar nicht die Stadt Graz hinstellen, dass wir nicht auf Kinder achten. Wo wir das erkennen, wo wir es sehen, werden wir jedem Kind ein Mittagessen zur Verfügung stellen unentgeltlich, das ist ja gar keine Frage und da nimmt man so eine Meldung von irgendeiner Zeitung auf, die ist irgendwie konstruiert und nichts anderes hat der Thomas Rajakovics gemeint. Das ist ein Bla Bla, Zahlen, die nicht Hand und nicht Fuß haben, Schall und Rauch. Da werden wir hingestellt als Stadt, als politische Vertretung dieser Stadt, die Kinder hungern lässt und mir wird schlecht, wenn ich in der selben Zeitung einige Wochen vorher oder nachher lese, in Graz sind 150 Kinder obdachlos, was versteht der Grazer und die Grazerin unter obdachlos, dass ein Kind unter der Brücke schläft oder wo auch immer, keine Bleibe hat, kein Dach über dem Kopf? Ja, die Zeitung macht es sich relativ einfach, wenn die Mutter, der Vater, die Familie in einem Übergangwohnheim untergebracht ist aus verschiedenen Umständen, die nicht erfreulich sind, aber die haben wenigstens eine Übergangswohnung, dann wird das Kind als obdachlos gezählt und wir alle sagen, nein, die Stadt ist furchtbar, wie asozial ist diese Stadt. Das kann es nicht sein und ich bitte wirklich, nicht in diesen Tenor einzustimmen, dass unsere Stadt nicht auf Kinder und Familien schaut. Wir schauen, wo wir können und die meisten, die es brauchen, zahlen einen Euro, fünf Euro, keinen Euro und wir ermöglichen das. Steigen wir da nicht mit ein in die Geschichte, sind wir alle hellhörig, die Pädagoginnen und Pädagogen sind es im Kindergarten, in der Kinderkrippe, im Hort, so wie auch du in den Schulen, wenn es Einzelfälle gibt und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, sind Einzelfälle, dann finden wir die, lösen wir die, aber nicht nur mit Essen, sondern langfristig, dass diese Kinder eine gute Zukunft haben und hupfen wir nicht auf solche Artikeln in Zeitungen auf und machen unsere Stadt schlecht (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.20 Uhr den Vorsitz.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, es steht zum Glück außer Zweifel, dass einiges für Kinder passiert, auch immer mehr für Kinder passiert und ich will da niemandem eine persönliche Betroffenheit absprechen, die zum Glück bei den meisten von uns ausgelöst wird, wenn man so etwas mitbekommt. Aber es geht auch, dass es jenseits von persönlicher Betroffenheit geholfen wird und mir kommt schon vor, die eine Gruppe der Kinder ist jetzt völlig nicht vorgekommen in der Diskussion, eben jene Kinder, die nicht zur Betreuung angemeldet sind. Selbstverständlich, die Kinder, die zur Betreuung angemeldet sind, sind so quasi unter der Obhut der Stadt im weitesten Sinn, hier wird natürlich geschaut, das Problem ist, dass natürlich unterste soziale Schichten auf das oft nicht zugreifen und da müssen wir einfach auch schauen, dass es auch dort was gibt und in diesem Sinne verstehe ich den Antrag, dass es hier noch einen Bereich gibt, wo man noch einmal hinschauen kann, wo vielleicht noch Verbesserungen möglich sind und ich glaube, das Thema ist so wichtig, dass es uns das wert sein sollte. Im Sinne dieser Konkretisierung möchte ich einen kleinen Abänderungsantrag stellen, inhaltlich überhaupt nicht, aber im Antragstext heißt es, die zuständigen Abteilungen und ich glaube, wir sollten auch schauen, wer das ist, meines Erachtens ist das Sozialamt und das Schulamt, die zusammenarbeiten sollten und ich denke, die zwei Abteilungen sollten das gemeinsam anschauen und in diesem Sinne die Konkretisierung, der Abänderungsantrag: Die zuständigen Abteilungen, weil sonst ist es wieder im Haus unterwegs, sage ich einmal, wir haben es noch kurz vorher besprochen, das Sozialamt und das Schulamt, das wäre mein Abänderungsantrag dazu und ansonsten glaube ich, ist es ein wichtiger Antrag, der in jedem Fall zu unterstützen ist (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Meißlitzer**: Ich freue mich einfach über die heftige Debatte, weil ich denke, es ist ja doch ein Thema, sonst hätten sich manche nicht so aufgeregt. Und emotional und aus der Betroffenheit und, Teddy, so wie du sagst, du kennst mich, ich weiß, du kennst mich lange genug, ich arbeite normalerweise sowieso nicht mit Zahlen, aber diese Zahlen und das, was ich seit Wochen tagtäglich erlebe und sehe und mitkriege, hat mich einfach dazu bewogen, das jetzt tatsächlich ganz massiv in Angriff zu nehmen. Denn wenn du tagtäglich erlebst, dass Mütter kommen und eine Nylontüte mitbringen und dort Gebäck hineinschichten, weil sie sagen, sie haben die Kinder zu Hause und wenn ich dann weiß, dass sie die Kinder dann nur von Gebäck ernähren, dann weiß ich, dass das nicht in Ordnung ist und dann bin ich sehr betroffen und dann muss ich sagen, dann können wir nicht über die Schulkinder reden oder die Hortkinder oder die Kinder, die im Kindergarten sind, also alle diese Kinder, die offiziell in Betreuung angemeldet sind, von denen redet man gar nicht, die haben selbstverständlich das Essen, die sind gut versorgt, das weiß ich ja, ich rede von den Kindern, die nach der Schule heimgehen und wo viele Pädagogen und Pädagoginnen das sehr wohl wahrnehmen, aber wo sie halt noch keine richtige Möglichkeit haben, dass man diesen Kindern sagt, bleibt nach dem Unterricht da, ihr könnt mitessen und dann könnt ihr nach Hause gehen. Und einfach die Befindlichkeit von betroffenen Kindern und Eltern nicht wahrzunehmen, das ist, glaube ich, irgendwo eine Art, die ich nicht nachvollziehen kann und ich denke mir, dass der Herr Kollege Rajakovic sagt, jetzt haben wir festgestellt, dass es Arme gibt, wenn man das erst jetzt festgestellt hätten, dann wäre ich schon lange fehl am Platz und dann hätte ich mich schon lange, glaube ich, irgendwo anders engagiert, wie das, was ich jetzt tue, und jeder, der mich kennt, weiß, dass ich von dem, was ich rede, schon eine Ahnung habe und alle, die die Zustimmung geben, ich möchte mich bedanken. Ich bin der Meinung, jedes einzelne Kind, Erwachsene, jeder einzelne Mensch, der in der Stadt hungern muss, ist einer zu viel (*Applaus SPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, zu dem Thema hätte ich zwei Anmerkungen zu machen, die mir da wichtig sind. Es wird nicht so einfach möglich sein, in der Schule zu einem Kind zu sagen, du bleibst jetzt einfach da und kannst mit uns noch mitessen, weil es gibt ganz, ganz klare Spielregeln, ab wann jemand die Verantwortung für ein Kind übernimmt und wann nicht, also das ist auf alle Fälle hier in diesem Antrag mithineinzuarbeiten oder mitzudenken. Ich sage, es ist ganz, ganz wichtig, weil du kannst nicht einfach sagen, Kind bleib da, der Lehrer müsste ja eine Verantwortung auch für dieses Kind übernehmen, auf welcher Grundlage beruht das? Und eine zweite Angelegenheit, die möchte ich auch noch sagen, ich finde es gut, Kinder zu fragen, ob sie ein Mittagessen haben oder nicht und wenn sie dableiben, nur sage ich dann auch gleich dazu, dann wollen wir von Amtswegen sofort auch wieder über den zuständigen Stadtrat die Verantwortung dieser Eltern aber wirklich einfordern. Auch auf die Gefahr hin, dass uns diese Eltern dann, nicht auf die Gefahr hin, auch klar darauf hinweisen, wenn die Eltern uns mitteilen können, dass sie nicht in der Lage sind, sich das zu leisten, aber ich sage es jetzt auch von mir aus und von meinem eigenen Verständnis aus, in dem Augenblick, wo ich ein Kind habe, ist es meine oberste Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Kind in unserer Gesellschaft, in unserem Europa, in unserem Österreich auch satt werden kann. Das ist die oberste Aufgabe und wenn Eltern diese Aufgabe nicht erfüllen, dann haben wir auch behördlich wieder einzuschreiten und einmal zu schauen, aus welchen Gründen diese Kinder in der Form vernachlässigt werden. Wenn es eine Begründung dafür gibt, dass, wenn ich so sagen darf, eine solche Armut...muss man aber ernsthafte Schritte unternehmen und das gehört hier mitangedacht. Also auf der einen Seite ganz klar die Überlegungen, können Lehrerinnen und Lehrer das übernehmen oder Pädagoginnen und Pädagogen, und auf der anderen Seite aber dann auch einzuschreiten, wenn Eltern wirklich sich nicht um das Essen ihrer Kinder bemühen. Das ist mir wichtig (*Applaus ÖVP*).

Der Abänderungsantrag von GR. Dr. Wohlfahrt wurde einstimmig angenommen.

6) Anerkennungszuwendung für Ehrenamtliche

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter „ehrenamtlicher Arbeit“ versteht man grundsätzlich eine Arbeitsleistung, die keinen monetären Gegenfluss hat, die freiwillig ist, die unbezahlt geleistet wird und deren Ergebnis Menschen außerhalb des eigenen Haushaltes und der eigenen Familie zufließt.

Die Bedeutung und der Stellenwert von Ehrenamtlichen in unserer Gesellschaft sind unbestritten, sie sind eine unschätzbare wertvolle und kostbare Ressource und müssen daher auch als solche behandelt werden. Ehrenamtliches Engagement verdient Anerkennung unter anderem auch von der Politik, soll weiter gefördert werden und darf nicht nur eine Herzensangelegenheit sein.

Daher sollte die öffentliche Hand es als ihre Aufgabe sehen, die Leistung der ehrenamtlich tätigen Menschen weiterhin zu forcieren und den Dank dafür auch in Form von „Anerkennungszuwendungen“ zum Ausdruck bringen.

In vielen Städten Europas ist es daher bereits üblich, dass ehrenamtliches Engagement auch belohnt wird, zum Beispiel durch verbilligte oder kostenfreie Eintritte in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, in Kinos, Museen, Sportveranstaltungen usw. Auch Vergünstigungen und Ermäßigungen oder Einkaufsgutscheine und die Gewährung von Rabatten in Geschäften, Restaurants, Bäckereien und Hotels können für Ehrenamtliche angedacht werden.

Wichtig ist, dass dies ein kleines „Dankeschön“ ein Ausdruck der Anerkennung der gesellschaftlichen so wichtigen Arbeit sein sollte, einer Arbeit, die ohne die geringste Aufwandsentschädigung geleistet wird.

Das ist ein Modell, das sicher auch in Graz zur Anwendung kommen könnte: Einerseits gibt es eine Reihe städtischer Einrichtungen, die für eine solche mit Vergünstigungen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) verbundene „Ehrenamts-card“, zumindest in einem ersten Schritt in Frage kämen; und ich bin überzeugt, dass auch andere öffentliche Einrichtungen und private Unternehmen in weiterer Folge sich diesem Beispiel anschließen würden.

Mit einer solchen „Anerkennung“ könnte eine neue und attraktive Form der Auszeichnung für herausragendes Engagement angeboten werden und jenen etwas zurückgegeben werden, die sich in besonderer Weise für die Nächsten einsetzen, die unser Zusammenleben bereichern und die Solidarität in unserer Gesellschaft fördern.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats sollen prüfen, in welchem Umfang und in welcher Form gemäß Motivenbericht ehrenamtlich Tätigen in Graz als Anerkennung für ihre engagierte Arbeit Vergünstigungen beziehungsweise Gratifikationen angeboten werden könnten (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hohensinner** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Frau Kollegin! Du hast es wirklich gut beschrieben, dass das

freiwillige Engagement ein ganz wesentlicher Bestandteil in unserer Gesellschaft ist, der sicher nicht wegzudenken ist und wir haben auch im letzten Jahr, im Jahr der Ehrenamtlichkeit, das auch versucht, obwohl es schwer ist, auch aufzurechnen, welche Wertschöpfung in der Gesellschaft entsteht und da kommt eine unglaubliche Zahl raus, nämlich die Zahl von eineinhalb Milliarden Euro, wenn man die ehrenamtliche Tätigkeit in der gesamten Steiermark hernimmt und da ist es egal, ob das eine formelle ehrenamtliche Tätigkeit ist, wie zum Beispiel bei der Caritas oder bei der Vinzenzgemeinschaft oder bei der Lebenshilfe, oder ob das eine informelle Tätigkeit ist, wenn man einfach eine Nachbarschaftshilfe macht. Das haben Gott sei Dank alle Parteien in dem Haus erkannt früh genug, wir haben sogar schon vor dem letztjährigen Jahr der Ehrenamtlichkeit einen Arbeitskreis eingesetzt...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Danke, Kurti.

GR. **Hohensinner:** Naja, da haben wir alle zusammen diesen Arbeitskreis eingesetzt und dieser Arbeitskreis tagte nicht nur das letzte Jahr, sondern tagt auch heuer fast monatlich, die nächste Sitzung ist am 25. Juni. Dieser Arbeitskreis hat auch für uns ein Forderungspapier erstellt, ich möchte ganz kurz sagen, was wir gemeinsam hier im Gemeinderat schon abgearbeitet haben, das ist der jährliche Perspektiventag, der erste hat in der Pädak stattgefunden, der zweite in Haidegg. Die Stadt Graz lotet ihre Potentiale aus, ich möchte mich bei Sonja Grabner bedanken, die die Lesepatenschaften eingeführt hat, Präsenzmöglichkeiten für Vereine, es hat eine Sonder-BIG gegeben, es hat einen Tag des Ehrenamtes gegeben, Information und Beratung hat stattgefunden, wir haben einen Platz der Ehrenamtlichen benannt. Haftung, da kann ich nur sagen, die Ehrenamtsversicherung, die wir eingeführt haben, und eine Zeitdatenbank, da bedanke ich mich bei der Sozialstadträtin. Eine

Sache möchte ich nur anführen, wir haben schon einmal einen ähnlichen Antrag eingebracht, einmal 2004, einmal 2008 mit dem Kollegen Sippel, Schröck und meiner Wenigkeit und es ist nur witzig, dass die SPÖ damals in Form von der Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl einigermmaßen skeptisch dieser Idee gegenübergestanden ist und in Aussicht gestellt hat, dass im Zuge der Sozialraumorientierung ein solches Projekt umgesetzt werden könnte. Leider, die Sozialraumorientierung wurde dann nur von Detlev Eiselsberg im Jugendbereich weitergeführt, da entstand dann auch ein Point for Actions, das ist eigentlich das, was dieser Antrag auch möchte in kleiner Form, das sollte auch ausgebaut werden, deswegen wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu, ist ein weiterer guter Baustein für die Stärkung des bürgerlichen Engagements. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Punkte zu diesem Thema. Das Erste, wo man aufpassen muss, ist, dass man zwischen beruflicher, nebenberuflicher Tätigkeit und ehrenamtlichen Funktionen und ehrenamtlicher Mitarbeit nicht Regelungen einführt, die zunehmend zu einem Verschwimmen beider Bereiche führen. Wenn nachher, sage ich einmal, bei zunehmender Gratifikation, Honorierung von ehrenamtlicher Tätigkeit das dann de facto gleichgeschaltet ist mit einer schlecht bezahlten nebenberuflichen Arbeit, dann hört sich der Spaß auf und dann haben wir die ganze gesellschaftliche Honoration, Wertschätzung, die man jetzt versucht haben aufzubauen in den letzten Jahren und Monaten, im Grunde wieder völlig daneben gemacht. Die Leute sind ehrenamtlich tätig, nicht weil sie ein Geld kriegen oder irgendeinen Gutschein im Bad Eggenberg, sondern die sind deswegen tätig, weil sie für irgendeinen Bereich, ob das jetzt Lebenshilfe ist, Rotes Kreuz oder sonst irgendwas, eine Motivation haben, ein Bedürfnis haben, in diesem Bereich Menschen zu helfen. Egal ob das Behinderte, Kranke sind oder sonst eine Bevölkerungsgruppe. Da muss man wahnsinnig aufpassen. Das Zweite ist, und Kollege Schröck hat die Freiwillige Feuerwehr jetzt

auch mit seinem Hinweis angeschnitten, ich beziehe mich da auf den Rechnungshofbericht, auch eine sogenannte ehrenamtliche Organisation, wenn Machenschaften wie die, die bei der Freiwilligen Feuerwehr stattgefunden haben, dann noch honoriert werden durch irgendwelche Maßnahmen der Stadt Graz, dann hört sich aber der Spaß wirklich auf, dann ist das eine Sauerei sondergleichen zum Quadrat dann. Da werden Malversationen und andere Dinge die da gemacht worden sind, auch noch honoriert mit Ehrennadel, Gutscheine und Handshake des Bürgermeisters und das darf nicht passieren, den Antrag unterstütze ich aber unter dieser Nebenbemerkung.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Also, lieber Kurt, mir ist nicht klar, was eine Anerkennungszuwendung mit der Sozialraumorientierung im Konnex zu tun hat, das verstehe ich nicht, aber danke für die Zustimmung, du hast alles aufgezählt und das passt, aber den Konnex zur Sozialraumorientierung habe ich nicht verstanden.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Da warst du noch nicht im Gemeinderat.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Nein, aber trotzdem, den sehe ich jetzt auch nicht, weil der soll wirklich allen Ehrenamtlichen zugute kommen, egal in welchem Sozialraum beziehungsweise Nichtsozialraum sie tätig sind. Zum Kollegen Mariacher, Gerhard, du hast gesagt, Einsatzkräfte beziehungsweise Freiwillige Feuerwehr sollte nicht honoriert werden mit zusätzlichen Gratifikationen, das ist auch nicht die ehrenamtliche Feuerwehr, sondern die Freiwillige Feuerwehr und da gibt es ja jetzt

schon ein Zubrot, wie immer man das es auch nennen möchte, das ist die Brandsicherheitswache wird aufgrund einer Entgeltverordnung des Landesfeuerwehrverbandes berechnet, also da gibt es ja schon ein Geld.

Zwischenruf GR. Schröck: Nein, nein.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel:** Ja, habe ich gerade vernommen.

Zwischenruf GR. Schröck: Vom Hohensinner.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel:** Die Freiwillige Feuerwehr in Graz bekommt, wenn sie Wachdienst versieht, eine Brandwache, ein Entgelt bezahlt. Ich weiß nicht in welcher Höhe, aber sie bekommt etwas. Also Freiwillige Feuerwehr kriegt das nicht und du hast, Gerhard, du hast einmal gefordert, Einsatzkräfte sollen auch gratis mit der GVB mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, das ist auch dann eine Form einer Gratifikation, also da widersprichst du dich. Aber ich danke für die große Zustimmung. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Schutz der Grazer Wanderwege

GR. **Schneider** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiter, hohe Stadtregierung! Ich habe einen entsprechenden Antrag schon vor ein paar Jahren eingebracht. Jetzt muss es ein Dringlicher sein, nachdem da wieder viel passiert ist in dem Gebiet. Wir haben in Graz ja zum Glück sehr viel Grünraum, auch Wald und Wiesen, und der wird auch entsprechend von den Grazerinnen und Grazern genutzt. Es gibt da ganz offizielle Wanderwege, die gekennzeichnet sind, die von verschiedenen Organisationen ja gepflegt werden, wo auch die Stadt natürlich ihren Anteil leistet, wenn eine größere Sanierung notwendig ist, wie beim Rettenbachklamm und es gibt viele Wanderwege, viele Trampelpfade und Ähnliches, die nicht offiziell gekennzeichnet sind, auch nicht gepflegt werden von den Organisationen, aber die dennoch Eigentum der Grazerinnen und Grazern sind, die das zum Teil seit Jahrzehnten nutzen, um ins Grüne zu kommen. Genau diese Wege sind immer wieder in Gefahr, abgesperrt zu werden von den GrundeigentümerInnen, das passiert wirklich, ich erfahre jedes Jahr ein Dutzend Fälle, wo so etwas passiert und zwar in verschiedener Form, sei es, dass er tatsächlich abgesperrt wird, also ein Zaun, ein Tor oder Ähnliches, also ein krasser Fall, wo überhaupt auch baulich eine Brücke weggerissen worden ist, dass man da nicht mehr gehen kann oder dass halt Schilder aufgestellt werden, die nicht rechtens dort stehen, aber potentielle Wanderer und Wanderinnen abhalten sollen, einen gewissen Weg zu benutzen. Es gibt auf alle Fälle, das ist im Privatrecht auch verankert, wenn man jahrzehntelang solche Wege benutzt, hat man auch ein Anrecht dazu, das weiter zu benutzen. Es geht ja auch nicht so sehr um Fälle, wo jetzt Grüngürtel, also Freiland, in Bauland verwandelt wird, diese Fälle gibt es natürlich grundsätzlich auch, da ist der Fall vielleicht etwas differenziert zu betrachten, wobei bei der Umwidmung beziehungsweise bei Baubewilligungen, wenn sie erteilt werden, darauf geschaut werden sollte, ob nicht da ein eben langer bestehender Wanderweg besteht und man das nicht vorschreiben

soll, dass der trotz des Baus einer Siedlung oder so weiterhin dort besteht. Es geht eben auch um viele Fälle, wo eigentlich die Widmung gleich bleibt, das weiterhin Waldgebiet ist und trotzdem abgesperrt wird. Für einzelne Benutzerinnen und Benutzer ist es natürlich schwierig, hier erstens den Kampf zu führen, dass so etwas aufgemacht wird wieder, das kann soweit gehen, hoffentlich tut es das nicht in jedem Fall, vielleicht kann man da Lösungen finden, das kann soweit gehen, dass man (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) einen Prozess führen muss gegen GrundeigentümerInnen, die hier das seit lange bestehende öffentliche Recht also abdrehen wollen. Da muss man womöglich auch den Klagsweg begehen, das ist natürlich für den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin schwierig und auch risikoreich, auch teuer. Deswegen ist das eigentlich die Aufgabe von uns, den offiziellen Vertretern und Vertreterinnen der Grazerinnen und Grazer, hier was zu tun, mein Antrag geht in die Richtung, dass eben der Magistrat, die Stadt Graz, wir als Verantwortliche erstens so etwas wie eine Meldestelle einrichten, wo solche Wegabsperungen gesammelt werden und wo in weiterer Folge auch hoffentlich, wenn es gut geht, über Gespräche mit den Grundeigentümern, wenn es hart auf hart kommt, aber durchaus durch die eine und andere Klage hier das öffentliche Recht am Begehen von solchen Wanderwegen wieder herstellen. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zum Antrag: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Uns allen hier im Gemeinderat ist die Erholung im Grünraum in und um Graz ein ganz wichtiges Anliegen. Zweifellos, um auf den Punkt zu kommen, hat es in der letzten Zeit durch das vermehrte Mountainbiken, und ich darf daher auch ein Geständnis ablegen, ich zähle auch mitunter dazu, hat es den Widerstand von manchen Landwirten, wo bisher markierte Wege anstandslos durch das Gehöft durchgegangen sind, im Bezirk Jakomini ist das scheint's kein solches Problem...

Zwischenruf GR. Eichberger: Aber in Mariatrost.

GR. Dr. Piffli-Percevic: In Mariatrost, danke, dadurch hat sich zunehmend vereinzelt Widerstand gegen diese Wege an sich gebildet und wir wollen auch, dass das Eigentum selbstverständlich respektiert wird, das ist ein wichtiger Wert, auch die Bildung von Eigentum, infolgedessen sollen wir hier sehr sensibel sein. Dem Antrag vom Kollegen Schneider folgen wir deswegen auch vollinhaltlich, weil es hier darum geht, dass man nach den Regeln des Rechtsstaates mit diesem Phänomen auch umgeht. Wir haben daher einen Abänderungsantrag eingebracht, der auch mit dem Antragsteller abgeklärt ist, wonach auch der Österreichische Alpenverein und die Naturfreunde, die erstens sehr viele dieser Wanderwege pflegen, erhalten, auch mit den Grundbesitzern verhandeln, meistens jährlich, dass diese Institutionen eingebunden sind, erstens, weil sie wertvolle Konfliktlöser sind und weil sie auch nach dem Forstgesetz und nach dem ABGB mitunter, wenn es wirklich hart auf hart geht, ultima Ratio, so wäre eine Klage, auch antragslegitimiert sind. Sie können in Wirklichkeit dem Staat, und das tun sie heute schon, die allermeiste Arbeit abnehmen, ich möchte mich aus diesem Anlass bei diesen Institutionen und auch vielen anderen herzlich für diese wertvolle Arbeit im Sinne der GrazerInnen bedanken und wir werden das im Einvernehmen zwischen Baudirektion und diesen Institutionen machen (*Applaus ÖVP*).

GR. Schneider: Es zeichnet sich eine große Zustimmung ab. Vielen Dank. Der Abänderungsantrag von der ÖVP verfeinert den Antrag noch einmal, vielen Dank dafür und wenn da eine Abteilung jetzt auch ganz konkret genannt ist, wo man sich melden kann, das ist natürlich umso besser und in dem Sinne hoffe ich, dass wir da bald auch ein gutes Zeichen setzen können, dass es wichtig ist, dass die Grazer und

Grazerinnen wandern gehen können und auch einmal mit dem Mountainbike wo durchfahren, wo man entsprechend dafür sorgt und eine Mountainbikestrecke auch definiert. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

8) Ausführliche Informationen für die GrazerInnen noch vor dem Start der BürgerInnenbefragung zum Ankauf der Reininghausgründe am 29. Juni 2012

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Stadtregierung hat am Montag dieser Woche bekanntlich mit Mehrheit die BürgerInnenbefragung über zwei Themen beschlossen. Neben der Umweltzone sollen die GrazerInnen auch befragt werden, ob die Stadt die Reininghaus-Gesellschaft übernehmen soll.

Die nun mit dem Stadtsenatsbeschluss veröffentlichten Pro- und Contra-Argumente können aus unserer Sicht nur eine erste und sehr allgemein gehaltene Information für jene Menschen sein, nämlich die Bürgerinnen und Bürger, die die Entscheidung treffen sollen. Hier fehlt im Bereich von Reininghaus für uns jede klare Aussage zu den Entwicklungszielen und Visionen der Stadt Graz und es fehlt auch jede Aussage zu den beabsichtigten Ergebnis- oder Prozessqualitäten. Diese Informationen braucht es aber aus unserer Sicht, damit die Menschen, die entscheiden sollen, eine fundierte Grundlage für die Entscheidung, ob sie für den Erwerb der Reininghausgründe oder gegen den Erwerb der Reininghausgründe abstimmen sollen. Das Einzige, was im Argumentarium im Moment angeführt ist, ist die Aussage, dass die Stadt als

Eigentümerin ihre Vorstellungen von einem ökologischen, lebenswerten und verkehrstechnisch ideal erschlossenen Vorzeigestadtteil optimal umsetzen kann, sofern das mitabgestimmt wird. Es ist aber, wie ich gesagt habe, für uns nicht die Möglichkeit gegeben, hier eine punktierte Information und eine Sicherheit für diejenigen zu haben, die befragt werden. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass Rahmenbedingungen, Ziele, die Ergebnis- und Prozessqualitäten, die der Entwicklung des Reininghausareals zugrundeliegen sollen, in einem Konzept formuliert werden, das noch vor Beginn des Befragungszeitraumes über die Sonder-BIG usw. den Grazerinnen und Grazern zur Verfügung gestellt werden kann. Dieses Konzept kann und soll unseres Erachtens auch die Grundlage für das Gemeinderatsstück sein, das im Herbst bei positivem Ausgang der BürgerInnenbefragung die Grundlage darstellen soll.

Für die Ergebnisqualitäten sind aus unserer Sicht, und die Unterlage ist euch ja allen zugegangen, eine Menge an Punkten sehr wichtig, ich werde jetzt ein paar wenige erwähnen. Für uns ist es wichtig, dass man eine Sicherstellung haben hinsichtlich der Nutzungsvielfalt für die einzelnen Funktionen, also Wohnen, Gewerbe, Kultur, Freizeit usw. inklusive einer ungefähren Quantifizierung von bisher geplanten Mindestanteilen der jeweiligen Nutzung, die ich vorher genannt habe. Es braucht eine genaue Darstellung der geplanten öffentlichen Räume, der Freiräume, der Grünräume für den Zentral-Park, für Urban Gardening, für Gemeinschaftsgärten und Kleingärten, für Grillplätze sowie für diverse Sportflächen und es braucht auch hier Mindestfreiflächen-Anteilsfestlegungen, so wie es im Rahmenplan erfolgt ist. Weiters ist für uns wichtig, dass man sich zur Autofreiheit beziehungsweise Autoarmut des Stadtteils Reininghaus festlegt und einen Zielwert im Bereich des Modal Splits dementsprechend der Bevölkerung zur Verfügung stellt beziehungsweise sich darauf einigt. Ein engmaschiges Fuß- und Radwegenetz ist wichtig, die Bekenntnis, dass man Sammelgaragen statt der herkömmlichen Tiefgaragen oder sonstigen Garagierung zum Ziel hat und auch Bekenntnis eines Kfz-Zielwertes im Bereich Kfz-Schlüssel pro Einwohner, der unseres Erachtens, wenn man Freiburg und ähnliche Modelle anschaut, bei 0,2 Kfz pro Wohneinheit liegen sollte.

Bei Prozessqualitäten ähnliche Vorgaben, und ich komme jetzt zur Formulierung des dringlichen Antrages. Im Namen des grünen Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Um der zur Teilnahme an der BürgerInnenbefragung aufgerufenen Grazer Bevölkerung eine optimale Entscheidungsgrundlage für ihr Abstimmungsverhalten zu geben, soll seitens der zuständigen Abteilungen rechtzeitig vor Beginn der Befragung ein Konzept erarbeitet werden, das möglichst genaue Quantitäten und Zielvorgaben - wie oben im Motivenbericht beschrieben - für die von der Stadt beabsichtigte Entwicklung des neuen Stadtteiles in Reininghaus enthält.
2. Diese Unterlagen sollen rechtzeitig vor Beginn des Befragungszeitraumes am 29. Juni 2012 sowohl auf der Homepage der Stadt Graz als auch in der zur BürgerInnen-Umfrage geplanten Sonder-BIG veröffentlicht werden.

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege Dreisiebner! Wir haben im Vorhinein schon gesprochen, unsere Fraktion wird der Dringlichkeit dieses Antrages zwar zustimmen, aber nicht dem Inhalt und zwar ganz einfach, die Dringlichkeit deswegen, weil es für uns ganz wichtig ist, dass, egal bei der Bevölkerungsumfrage, aber auch bei einer Bevölkerungsbefragung nach dem Volksrechtegesetz ist Information für die Bevölkerung das Um und Auf, damit diese überhaupt sich ein Urteil machen kann. In diesem Fall ist es aber so, dass es, glaube ich, nichts bringt, jetzt innerhalb von einer Woche ein Buch zu schreiben und das eigentlich der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, also das halten wir ehrlich gesagt nicht für sinnvoll. Viel sinnvoller würden wir halten, wenn man mindestens drei Monate Zeit hat, wo sich die Bevölkerung informieren kann, wo aber auch über die Bezirksräte, Bezirksversammlungen

stattfinden, wo es Möglichkeiten gibt, mit den zuständigen Stadtsenatsmitgliedern direkt in Kontakt zu treten, um hier Fragen zu stellen, wo man hier Antworten bekommen, wo ein Diskussionsprozess stattfinden kann und das ist natürlich in diesem Antrag hier auch nicht gegeben. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl! Wir diskutieren das gesamte Thema Reininghaus ja jetzt mittlerweile schon viele Jahre und daraus hat sich auch einiges entwickelt, auch einige Beschlüsse hier im Haus herinnen, die mit breiter Mehrheit oder einstimmig getragen worden sind, das ist zum Beispiel der Rahmenplan und viele andere Details, die du jetzt auch in deinen Formulierungen im Motivenbericht aufgeführt hast, die wir breit diskutiert haben und die natürlich schon öffentlich bekannt sind oder im Prinzip öffentlich sind, die man noch bekannt macht und das ist ja auch das Ziel der Stadtregierung, des Beschlusses jetzt aus dem Stadtsenat für die Zeit bis zum Beginn der Befragung. Wir haben die BIG, so wie du sie auch in deinem Antrag drinnen hast, wir haben die Informationen auf der Homepage etc. Eines, lieber Karl, und die Kollegin Klubobfrau Bergmann hat es ja vorhin auch angeführt, eines wird natürlich nicht gehen, ich kann nicht die Entwicklung der kommenden 20 Jahre bis ins Detail vorgeben und das jetzt in einem breiten Buch und in einer Homepage, die ich wahrscheinlich, wo ich einen Monitor brauche, wo kein Hochhaus in Graz groß genug wäre, um den unterzubringen, damit ich nicht zuviel scrollen muss, unterzubringen, das ist etwas, das erschlägt auch viele, das würde wahrscheinlich auch keiner durchlesen. Wir kennen das aus der Diskussion mit dem externen Berater für die Frageformulierung, du musst ein sinnvolles Maß zwischen zuviel und zuwenig Information finden. Trotzdem musst du natürlich die Möglichkeit bieten, alles an Informationen irgendwo abrufbar zu machen. Aber du kannst jetzt nicht im Vorfeld einer Befragung, wo es um eine Grundsatzentscheidung geht, alle Details der nächsten 20 Jahren schon vordefinieren. Wenn man das macht, dann brauchen wir 20 Jahre und dann stimmen wir erst in 20 Jahren ab und das sollte

ja nicht das Ziel der Sache sein. Ich meine, einen Vergleich, den muss man schon wirklich bringen, angenommen du bist auf der Suche nach einer Partnerin oder einem Partner und du bist aber nicht ganz sicher und du überlegst dir jetzt, soll ich mich entscheiden, soll ich diese Beziehung eingehen, ja oder nein, wenn du dann fragst, aber könnte es sein, dass deine Cousine dritten Grades in 20 Jahren einmal krank wird...

Zwischenruf GR. Schröck: Aber für Wischiwaschi bist du Spezialist.

GR. **Mayr:** ...und wir da jetzt einen bestimmten Betreuungsaufwand haben, dann wird sich die Sache relativ schnell beenden und so ist es auch in der Befragung mit den Grazerinnen und Grazern, wir machen eine Grundsatzentscheidung, aber wir können nicht schon jetzt alle Details für die nächsten 10/15/20 Jahre hier vordefinieren (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Karl, ich habe dich wertschätzen gelernt jetzt in den kurzen letzten Wochen als Vorsitzender des Bau- und Raumordnungsausschusses, ich schätze auch deine Fragen immer sehr, was mich nur wundert bei der grünen Fraktion ist insgesamt, ich habe den Eindruck, als seid ihr neu angelobt worden. Weil ihr hättet jetzt drei Jahre Zeit gehabt, nämlich dieses Konzept zu basteln, zu erarbeiten und die Forderungen einzubringen, Rahmenbedingungen, Ziele, Ergebnisse und Prozessqualitäten zur Entwicklung des Reininghausareals in der Partnerschaft mit der ÖVP. Und ich habe mich gewundert, vor eineinhalb Jahren standet ihr 14 Tage vor der Entscheidung, gemeinsam es zu

beschließen, bevor der Don Fernando gekommen ist. Was habt ihr da an Konzept gehabt, was habt ihr da an Informationen erhalten, was habt ihr da an Vorschlägen gehabt? Die waren weder transparent noch vermittelbar noch kommuniziert. Und deswegen wundert mich, dass ihr heute mit einer solchen Forderung kommt. Wir haben, wie Peter Mayr gesagt hat, wir haben das STEK 4.0, wir haben den Rahmenplan beschlossen gemeinsam, wir haben die Umweltprüfung heute beschlossen für die Reininghausgründe, wir haben zugesagt, und das war die Forderung von Martina Schröck von unserer Seite aus in den Gesprächen mit der ÖVP, und das ist vereinbart worden, es gibt eine vertiefende verbreiterte Information in der BIG, auf der Homepage der Stadt Graz und es ist klarerweise das Dafür und Dagegen wird verbreitert und vertieft. Es ist jetzt müßig zu fordern, lieber Karl, wie du sagst in einem Beispiel, das Bekenntnis zu einem Zielwert für den Kfz-Schlüssel in etwa 0,2 Kfz pro Wohneinheit, das ist schon ein bisschen eine Täuschung, wenn man nur von Bekenntnis redet, bekennen kann man sich viel, Bekenntnisse muss man nicht umsetzen. Das ist ungefähr so, wie das Blaue vom Himmel zu suggerieren oder heiße Eislutscher zu empfehlen, dass man sie nimmt. Also wir haben genügend Basis und wir sorgen auch für eine ausgewogene und gute BürgerInneninformation bis zum Beginn der BürgerInnenbefragung am 29. Juni. Wir arbeiten daran. Für uns ist es schwieriger, ihr hattet den Vorteil, drei Jahre euch vertiefend und inhaltlich damit zu beschäftigen. Wir mussten das in wenigen Tagen, Stunden, nämlich diese Zusatzinformationen...

Zwischenruf GR. Grosz: Und du wirst nicht einmal rot dabei?

GR. **Herper:** Die Basis der Klubobleutekonferenz waren unsere 21 Punkte zu Reininghaus und das Versprechen von der Martina Schröck ist auch eingelöst auf

www.mehrfürgraz.at, ist abrufbar, nämlich die Transparenz, nämlich die Fragen und die Antworten und die Kommentare von unserer Seite. Wir werden dem dringlichen Antrag die Zustimmung nicht geben können (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz:** Weihrauch von dieser getragenen Rede des Klubobmannes Herper, ich wollte mich ja wirklich nicht zu Wort melden, die Türe ist Gott sei Dank offen, damit diese viele heiße Luft wieder hinausgeht. Aber ich wollte mich wirklich nicht melden, aber wenn der Herr Klubobmann Herper hier herausgeht und die heldenhafte Rolle der Sozialdemokratie beschwärt, indem er sagt, wir mussten in wenigen Stunden und Tagen das retten, was die Grünen mit der ÖVP nicht zusammengebracht haben, also Kollege Herper, wenn du dich selbst und deine Fraktion nicht ernst nimmst, dann ist das deine Sache, kein Problem, aber wenn du die restlichen Mitglieder des Gemeinderates nicht ernst nimmst, dann müssen wir uns wirklich zur Wehr setzen. Dieses Schmierentheater der letzten drei Wochen, um noch einmal die geschichtliche Faktenlage ins rechte Licht zu rücken, wo diese Koalition aufgekündigt worden ist und dann plötzlich über Nacht der arme Kollege Herper verhandeln musste, in wenigen Stunden die Stadt retten, musste vor dem Abgrund, dann eingesprungen ist in der staatspolitischen Verantwortung der SPÖ, um diese Stadt vor den bösen Grünen zu retten und nur leider es ist ein Fehler in der Regie passiert. In dieser grandiosen Machiavelli-für-Arme-Strategie für Armenstrategie ein kleiner Fehler ist passiert und das war dieses eine Zeitungsinterview, und das möchte ich gerne noch einmal in Erinnerung rufen, mein lieber Genosse Klubobmann: „Unser Preis ist hoch“ Anführungszeichen, Gänsefüßchen oben, so Klubobmann Herper von der SPÖ. Was wiederum zur Äußerung der großen Parteivorsitzenden, die natürlich von der Käuflichkeit der Sozialdemokratie nicht eingeweiht war und dann im Gemeinderat hier zu sagen, sie distanziert sich auf das Schärfste von ihrem eigenen Klubobmann, die unwissende Parteivorsitzende. Also, lieber Klubobmann Herper, ein wenig mehr Wahrhaftigkeit, nicht Ernsthaftigkeit, ernsthaft bin ich auch nicht, aber

Wahrhaftigkeit und ein bisschen mehr Demut und ein bisschen mehr Ruhe würde der Sozialdemokratie nicht schaden, denn eure Butter schmilzt auch auf eurem Kopf, wenn es auch nicht so heiß ist wie heute.

GR. Dreisiebner: Ich nehme zur Kenntnis, dass es hier seitens der Sozialdemokratie und seitens der Volkspartei zwar Kraftanstrengungen gab und gibt, die, wie Karl-Heinz Herper sagt, unmenschlicher Art beinahe schon sind. Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich Dextroenergen mitgebracht und gestern im Ausschuss auch schon. Aber ich danke dir trotzdem für dein Lob und ich möchte es auch zurückgeben, du bist in der Ausschussarbeit und in sonstigen Gesprächen ein sehr kompetenter und auch sehr verlässlicher Ansprechpartner. Was ich da alles daraus mitnehme, was ich hier von Peter Mayr und von der Ina Bergmann gehört habe, irgendwann hat es einmal geheißen, die Steuererklärung muss so einfach sein, dass sie auf einen Bierdeckel passt. Die Information, die Menschen bekommen, erhalten sollen, damit sie eine Entscheidung treffen können, die muss wahrscheinlich noch viel kleiner sein, so wie eine Briefmarke oder ein paar schön hergestellte Renderings mit genauso schönen Worten, man sieht es ja da in den einzelnen Gratiszeitungen noch von einer Partei und wahrscheinlich dann auch in der Sonder-BIG und auf der Homepage. Auf jeden Fall ist für uns eines klar, wir wollten kein Buch schreiben, sondern es ging um ein paar Punkte, die man außer Streit stellen kann, auch wenn man sie unter Umständen im Verlauf der Zeit, und 20 Jahre, wie Peter Mayr sagt, sind eine lange Zeit, zehn Jahre auch, vielleicht etwas nachjustieren muss, vielleicht noch strenger oder etwas weniger streng anschrauben muss. Wir haben ja gerade heute STEK beschlossen, das ist ja auch etwas, was über lange Zeit geht, da steht auch viel drinnen, das kann man wohl, zu Reininghaus kann man das nicht tun. Es ist ja heute nicht der erste Versuch mit unserem ehemaligen Koalitionspartner, aber natürlich auch mit den anderen Fraktionen ein bisschen eine Zuspitzung, ein bisschen eine Quantifizierung, ein bisschen einen Tatbestand aufsetzend auf den Rahmenplan herzustellen, nicht nur

hier in diesem Saal, sondern auch bei anderen Gelegenheiten und bei Verhandlungen. Das alles ist nicht gelungen, es soll kein Buch sein, ja, es soll so sein wie bei der PartnerInnenwahl, die GrazerInnen sollen sich verlieben in die Idee, ein großes Grundstück um 75 Millionen zu kaufen und dann entwickeln wir wahrscheinlich konventionell. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Behindertenermäßigung im Verkehrsverbund auch bei Zeitkarten

GR.ⁱⁿ **Schloffer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.in **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also dieses Problem, das beschäftigt mich wirklich schon länger und jetzt habe ich gedacht, jetzt gehen wir das einmal an auf der Seite von Graz: Behindertenermäßigung im Verkehrsverbund auch bei Zeitkarten. Die Behindertenermäßigung des Verkehrsverbundes Steiermark erstreckt sich nur auf die Stundenkarte und die 24-Stundenkarte. Bei Wochen-, Monats- und Jahreskarten gibt es keine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Behinderung.

Das widerspricht der geltenden Gesetzeslage in Österreich, in dem Bundesgesetzblatt aus dem Juni 1990 gibt es das schon. In diesem Gesetz wird eine Fahrpreisermäßigung für Menschen mit Behinderung ab 70% vorgesehen. Unter Berufung auf diese gesetzliche Bestimmung haben Behindertenvertreter in

Vorarlberg erreicht, dass es im dortigen Verkehrsverbund auch bei Zeitkarten für Behinderte eine Ermäßigung von 30 % gibt.

Das ist ein gutes Beispiel für Graz und für die Steiermark

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die VertreterInnen der Stadt Graz, in der Holding Graz die Verantwortlichen der Graz Linien über diese Faktenlage zu informieren.

Das heißt jetzt für mich, die Graz Linien zu informieren, dass es so ein buntes Gesetz überhaupt gibt, welches noch nicht umgesetzt ist und noch umgesetzt werden muss. Das heißt, dieses Gesetz ist bei den Grazer Linien raschest umzusetzen, denn diese wissen anscheinend noch nicht, dass es dieses Gesetz seit 1990 gibt. Also ich will sie informieren über dieses Gesetz und nicht prüfen lassen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Die Frau Kollegin Schloffer spricht ein wichtiges Problem an. Ich meine, es gibt einige Sachen, einige Vergünstigungen, also es ist nicht so, dass es nichts gibt, es gibt die Mobilitätskarte, die bekommen aber nur all jene, die ein gewisses Einkommen haben, es gibt die Vorteilskarte, diese Diskussion haben wir da schon einmal im Gemeinderat geführt, dass man hier die Vorteilskarte für Menschen mit Behinderung bei der ÖBB lösen muss, um dann die Einzelfahrscheine vergünstigt zu bekommen, aber es ist absolut richtig, dass auf jeden Fall Wochen-, Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten abgehen, stimme ich voll zu. Ich würde jetzt einmal sagen, ich weiß nicht, liebe Gerti, ob du das erwähnt hast, da gibt es einen Herrn Holzer, der klappert alle Gemeinderatsklubs ab, das ist ein Mensch, der selbst eine

Behinderung hat, ich finde es großartig, dass dieser Herr nicht irgendwie groß aufschreit, sondern der setzt Initiative, geht zu allen Klubobleuten und fordert eine solche Karte ein. Er war, glaube ich, einmal beim Gerald Grosz, der Gerald Grosz hat in der vorletzten Gemeinderatssitzung einen ähnlichen Antrag eingebracht und deswegen werden wir diese Initiative, ich glaube, diese Initiative baut auf das Anliegen von Herrn Holzer auf, werden wir dieser Initiative die Zustimmung geben, wir präzisieren das Ganze aber in einem Abänderungsantrag, weil es ist nicht zielführend, jetzt nur die Holding über den Missstand zu informieren, sondern es ist zielführend dem Verbund diesen Missstand mitzuteilen und vom Verbund her einzufordern, dass geprüft wird, ob es möglich ist, ob für Menschen mit Behinderung auch eine Wochen-, Monats-, Halbjahres- und Jahreskarte mit einer Vergünstigung aufgelegt werden können. Ich bitte somit um Zustimmung, darf jetzt gleich den Abänderungsantrag einbringen. Der Abänderungsantrag wird von allen Fraktionen unterstützt.

Der Gemeinderat möge an den Verkehrsverbund Steiermark mit folgendem Anliegen herantreten:

Der Tarifausschuss des Verbundes wird aufgrund der im Motivenbericht beschriebenen Situation aufgefordert, die Möglichkeiten von Ermäßigungen für Menschen mit Behinderung auch bei Wochen-, Monats- und Halbjahres- sowie Jahreskarten zu prüfen. Bitte um Zustimmung.

GR. **Grosz:** Naja, nachfolgend zur Wortmeldung des Kollegen Hohensinner danke ich für die Initiative. Der Kollege Hohensinner hat richtigerweise gesagt, dass wir vor zwei Gemeinderatssitzungen einen exakt ausformulierten Antrag eingebracht haben. Jetzt will ich ja die Stimmung nicht vergiften, was ich auch nicht kann und nicht will und ich kann mich aber erinnern an die Situation, wir bringen den Antrag ein und die Worte des Kurt Hohensinner, der mir gegenüber dann gesagt hat, das stimmt alles nicht, weil das gibt es ja alles schon. Und es gibt dazwischen auch die mediale

Berichterstattung. Tatsächlich, wir haben damals in dieser Gemeinderatssitzung am Rande dieser Gemeinderatssitzung diskutiert, ich habe gesagt, es gibt für behinderte Menschen nicht die Möglichkeit, diese Halbjahreskarte, Jahreskarte in Anspruch zu nehmen und du hast gesagt, das gibt es eigentlich eh schon alles und das ist falsch, was ich wieder mache. Mir geht es ja auch nicht darum, mir geht es wirklich darum, dass wir jetzt eine Lösung haben, jawohl, der Herr Holzer ist der Ursprung dieser Aktion seit drei Gemeinderatssitzungen, um auf dieses Problem endlich aufmerksam zu machen. Der historischen Wahrheit Genüge zu tun, er ist Mitglied der Grünen noch dazu und hat mit großartiger Beharrlichkeit nicht nur der Kleinen Zeitung, heute in der Sitzung schon viel gescholtenen Grazer, mehrmals versucht, das auch zu thematisieren und jetzt haben wir Gott sei Dank das auch in Form eines dringlichen Antrages, einer Trägerrakete möchte ich sagen, Kollegin Schloffer startet quasi eine Trägerrakete, der Abänderungsantrag ist auch hervorragend, der passt nämlich wunderbar dazu, so gibt das ein Bild und das gibt endlich die Durchsetzung der Wünsche von behinderten Menschen dieser Stadt, die diese Möglichkeiten nicht haben. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auf etwas anderes aufmerksam machen und das hier noch einmal thematisieren. Nämlich die Tarifbestimmungen, wenn es darum geht, Pensionistinnen und Pensionisten, die noch immer nicht darauf Rücksicht nehmen, dass es Menschen gibt, die aufgrund von Invalidität mit 59 Jahren schon in Pension sind und wir gehen immer nach den Lebensjahren in den Tarifbestimmungen und nicht nach dem sozialen Standard und das ist auch ein Irrsinn, der endlich korrigiert gehört, weil wir wissen, dass Menschen aufgrund von Erkrankungen etc. frühzeitig in Pension gehen müssen und die können dann warten, bis sie ein gewisses Lebensjahr erreicht haben, dass sie dann auch als Pensionisten, als SeniorInnen von der Holding Graz, vom Verbund endlich anerkannt werden. Wenn wir uns endlich dazu durchringen und ich weiß, dieses Problem gibt es ja in ganz Österreich, aber wenn wir uns endlich dazu durchringen können in diesem Tarifdschungel, der Lebensrealität gerecht zu werden und die Tarife so zu spiegeln, wie die Menschen in dieser Stadt tatsächlich leben, dann wären wir einen Schritt weiter.

GR. **Hohensinner:** Ich meine, lieber Gerald, was du da heute von dir gibst, das zieht sich durch die gesamte Gemeinderatssitzung, das sind einfach Unwahrheiten und das ist einfach für mich nicht in Ordnung, wenn du dich da herstellst, sagst, du hast diesen Antrag eingebracht und in dieser Diskussion hier im Grazer Gemeinderat hätte ich gesagt, es gibt das Ganze schon. Lieber Gerald, du erinnerst dich, das war kein dringlicher Antrag, der Antrag ist nie diskutiert worden, sondern du hast mich da draußen angesprochen, ich habe gesagt, aha, das weiß ich nicht, wenn das so ist, dann unterstützen wir das Ganze, lieber Gerald. Und ich glaube, dass du oft das Kabarett über die Sache stellst und das ist nicht in Ordnung, das ist einfach so (*Applaus ÖVP*) und da würde ich dich bitten, bevor du irgendwie einen Schmäh daraus machst, denke drüber nach und sage dann was.

GR. **Grosz:** Lieber Kollege, ja freilich zur Dringlichkeit, weil das sehr dringlich ist das Thema und auch offenbar die Geschichtsaufarbeitung für den Kollegen Hohensinner sehr dringlich ist. Erstens, kein Kabarett zu diesem Thema, zweitens Ernsthaftigkeit, drittens Antrag eingebracht, viertens sage ich in meiner Rede am Rande dieser Antragstellung vor zwei Gemeinderatssitzungen, wo ich den Antrag eingebracht habe und du mit dem Zettel zu mir gekommen bist. Im Übrigen war es nicht da draußen, sondern da hinten, Herr Kollege. Vieles kann man mir unterstellen, nur mit meinen 35 noch keinen klassischen Alzheimer und auch keinen politischen Alzheimer und was sehr wichtig ist, ich nutze nicht ständig eine Gruppe, um mich persönlich politisch zu profilieren, das tue ich nicht und das solltest du dir bei dieser Geschichte auch einmal zu Herzen nehmen. Es gibt auch in der Politik, gerade wenn es um Behindertenpolitik geht, soll es den Wettbewerb der guten Ideen geben und nicht den Wettbewerb der Haxl-Beißerei, wer hat das als Erster eingebracht oder wer hat jetzt da Recht oder

wer hat Unrecht oder nein, nur das, was ich in diesem Bereich sage, ist richtig und was die anderen sagen, ist Schwachsinn. Wir erleben das gerade von dir in der Behindertenpolitik und zwar alle Fraktionen, bis vielleicht auf deine eigene...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, meine Bitte ist, zur Dringlichkeit kann man sich einmal melden.

GR. **Grosz**: Das war eine tatsächliche Berichtigung, gut. Du hast zu mir gesagt, das gibt es schon alles und im Übrigen muss das über den Verbund geklärt werden, weil das können wir nicht einmal machen.

GR.ⁱⁿ **Schloffer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich jetzt, wenn mein Antrag weitergegangen wäre, wäre es selbstverständlich gewesen, dass die Graz Linien sowieso zum Verbund gehen, weil ohne den geht sowieso nichts, dass die mit dem Verbund verhandeln. Da brauche ich ihnen nicht irgendwas vorlegen von prüfen lassen oder sonst was, es ist einfach dem Verbund klarzumachen, da gibt es ein Gesetz, das müssen wir durchführen. Meine Herrschaften, liebe KollegInnen, das machen wir miteinander, wie machen wir das und wenn es geht, so rasch als möglich. Das war meine Intention. Ich habe mich leider nicht erkundigt und habe durchgelesen auf einem Spiegel, welche Fraktionen in den vorangegangenen Gemeinderatssitzungen eine Initiative diesbezüglich eingebracht hat, tut mir leid, ich habe es nicht gewusst. Weil nachmachen tue ich sicher nichts, habe ich noch nie gemacht in den letzten 15 Jahren. Also das wäre für mich der Weg gewesen. Kurt, hättest du zum Beispiel deinen Antrag, deinen Abänderungsantrag, liebe Kolleginnen

und Kollegen, ihr unterstützt ja alle den Kurtl sein und nicht meinen. Hättet ihr alle seinen Antrag uns vorgelegt und gesagt, bitte, liebe KPÖ, seid ihr bereit, könnt ihr das unterstützen, hätte ich einen Abänderungsantrag gemacht, da kannst du sicher sein, weil meines wäre schneller gegangen wie deines. Es geht um die rasche Erledigung der Sachen im Sinne der Menschen, die es betrifft. Weil zum Verbund müssen wir sowieso, was willst den prüfen lassen, du musst sagen, so meine Herrschaften, macht das jetzt so rasch als möglich. Danke für die Unterstützung und natürlich deinen unterstützen wir, kannst dir vorstellen (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner wurde einstimmig angenommen.

10) Petition – Pflegeregress wieder abschaffen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahresbeginn 2012 wird von den Angehörigen pflegebedürftiger Menschen in der Steiermark wieder ein Pflegeregress eingehoben, der für Kinder bis zu 10 Prozent des Jahresnettoeinkommens, für Eltern aber bis zu 15 % ausmacht. Das ist für viele Familien eine sehr große Belastung. Die KPÖ hat auf Landes- und Stadtebene vor dieser Entwicklung gewarnt.

Die finanziellen Einnahmen für die öffentliche Hand stehen dabei in keinem Verhältnis zu den Problemen, die für die Betroffenen dadurch entstehen. Schließlich gibt es auf allen Ebenen viele Belastungen, die das Haushaltsbudget schmälern.

Dass die Geschäftemacherei privater Heimbetreiber eine der Hauptursachen der Kostenexplosion im Pflegesektor ist, wird von der Landesregierung aus der Debatte ausgeblendet. Stattdessen wird die Wiedereinführung des Regresses mit Grundsätzen der christlichen Soziallehre begründet. Dabei wird vergessen, dass die Angehörigen ihren Eltern oft etwas zurückgeben wollen, dies aber nicht mehr können.

Wir erinnern daran, dass auch die Gewerkschaft Vida, Caritas und Volkshilfe, andere Einrichtungen und auch die Grazer Sozialstadträtin den Pflegeregress kritisieren.

Ein Jahr nach dem Beschluss dieser unsozialen Maßnahme durch SPÖ und ÖVP auf Landesebene ist es durchaus Zeit, Bilanz zu ziehen. Der Gemeinderat der Stadt Graz ist aufgerufen, hier seine Stimme zu erheben. Als Sofortmaßnahme treten wir dafür ein, die geltende Grenze von 1.500,- Euro Jahresnettoeinkommen, ab welcher der Pflegeregress eingehoben wird, jährlich entsprechend der Inflationsrate zu valorisieren.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich deshalb folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat fordert den Landtag Steiermark und die Landesregierung in Form einer Petition auf, den geltenden Pflegeregress wieder abzuschaffen und durch eine soziale Form der Pflegefinanzierung zu ersetzen.

Als Sofortmaßnahme wird die Landesregierung aufgefordert, den in den §§ 5 und 6 der Steiermärkischen Sozialhilfegesetz-Durchführungsverordnung festgelegten Grenzwert für die Regresspflicht, derzeit 1.500 Euro, einer automatischen, an die Teuerungsrate angepassten, Valorisierung zuzuführen. Ich hoffe um Unterstützung (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Frau Gemeinderätin, ein Punkt ist mir wichtig, nachdem ich ja auch Gelegenheit habe, fast Woche für Woche in die Einrichtungen, sowohl die öffentlichen als auch die privaten zu kommen, um dort Persönlichkeiten zum Geburtstag zu gratulieren und damit auch mir anzusehen in den letzten 15 Jahren, was denn vielleicht auch im Land Steiermark ein wirklicher Kostentreiber geworden ist. Wir haben in der Landesgesetzgebung in den letzten Jahren sehr viele Entscheidungen gehabt, die qualitative Verbesserungen in diesen Einrichtungen bewirkt haben, vor allem, wenn es um bauliche Maßnahmen geht, wir haben heute Heime geschaffen, wir diskutieren selbst darüber, ob ein Gebäude im Rosenhain das, wenn ich so sagen darf, bis zum heutigen Tag durchaus auch genutzt werden kann, halt jetzt nicht mehr genutzt werden kann und deswegen haben sowohl die öffentliche Hand als auch die Privaten sehr, sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen und das ist einer der Hauptkostentreiber. Des Weiteren hat man auch durchaus versucht, im Bereich der Pflege neue Qualitätsstandards zu schaffen, die auch dazu geführt haben, das heißt, wenn man sich das anschaut, was in den letzten 15/20 Jahren hier im Betreuungsbereich geschehen ist und noch dazunimmt, wie viele Personen heute betreut werden gegenüber dem Aufwand von anno dazumal, sollte man es nicht so vereinfachen, wie Sie es in Ihrer Rede getan haben und das auch nur auf das Gewinnstreben von manchen Privaten dann zurückführen. Also ich glaube, da sollte man schon dabei sein, dass man ehrlich sagt, da hat es einen Qualitätsschub gegeben, da gibt auch quantitativ viel mehr Betten, als wir das jemals hatten und das hat schon auch mitbewirkt, dass wir heute bei der Finanzierung sehr, sehr große Schwierigkeiten haben, in erster Linie das Land Steiermark, aber mitgegangen, mitgefangen mit dem Kostenschlüssel natürlich auch die Kommunen.

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ja, liebe Uli Taberhofer, wir haben das Thema ja nicht zum ersten Mal im Gemeinderat und du hast mich sehr, sehr richtig zitiert, ich bin eine Gegnerin des Regresses, also die sozialdemokratische Fraktion wird daher auch im

Großen und Ganzen diesem Antrag zustimmen. Mit kommt der Regress so ein bisschen vor wie eine blutende Wunde und zwar eine blutende Wunde, die insbesondere denjenigen wehtut, die Regress zahlen müssen beziehungsweise die ihre Angehörigen bitten müssen, Regress zu zahlen und auf der anderen Seite ist das auch eine Wunde, an der man erkennen kann, dass die Pflege eigentlich ein Bereich ist in Österreich, der nicht zufriedenstellend politisch geregelt ist, das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen und mir kommt vor, die Politik akzeptiert schon seit vielen Jahren ein System, das dringend reformiert werden müsste und da nehme ich auch meine eigene Bundespartei wirklich sehr in die Pflicht, die das schon seit Jahren erledigen sollte. Wir haben hier ein Stückwerk, wir haben ein Flickwerk und eigentlich müsste es schon lange so sein, dass die Pflege aus der Sozialhilfe herausgelöst werden müsste. Wir haben geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und einige in dem Raum werden es jetzt vielleicht nicht gerne hören, aber ich glaube, dass wir langfristig in die Richtung gehen müssen, dass wir eine Pflegeversicherung haben, dass wir vom Pflegegeld wegkommen, dass Menschen, die pflegebedürftig werden, zu einer Clearingstelle gehen, wo dann festgestellt wird, welche spezielle Leistung brauchen sie und diese Leistung bekommen sie dann zur Verfügung gestellt. Weil die Großfamilien, wo Töchter, Schwiegertöchter und das sind meistens Frauen, die Älteren pflegen, die gibt es bald nicht mehr, das müssen wir auch ganz klar sehen und damit hätte sich das Pflegegeld aus meiner Sicht auf lange Sicht überholt. Wir werden diesem Antrag grundsätzlich zustimmen, wir werden einen Abänderungsantrag einbringen, um einfach ein bisschen das zu schärfen, weil in Wirklichkeit muss diese Problematik auf Bundesebene gelöst werden und nicht auf Landesebene. Es ist eigentlich Sache des Bundes, hier einheitliche Regeln zu schaffen, ein einheitliches Gesetz zu schaffen und eine nachhaltige Finanzierung zu schaffen, das wäre der Bund den Ländern und den Gemeinden eigentlich schuldig und zum zweiten Teil des Antrages möchte ich sagen, dass wir, wenn wir die Richtsätze angreifen, was ich für gut finde und dass wir die valorisieren, dann müssen wir aber alle Richtsätze angreifen und nicht nur sozusagen die unteren. Kurz zusammengefasst, ja zu diesem wichtigen Thema, ich glaube, man kann über das Thema Pflege gar nicht oft genug

sprechen und ich hoffe wirklich, dass wir bald nicht mehr in diesem Gemeinderat sitzen und den Appell an den Bund richten, hier endlich aktiv zu werden (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl**: Ganz kurz auch die Stellungnahme der FPÖ dazu, auch wir sind für die Abschaffung des Pflegeregresses, allerdings auch ähnlich wie die SPÖ zugunsten einer erhöhten Eigenverantwortung aller Bürger. Eine verpflichtende Pflegeversicherung würde hier langfristig zumindest das Problem der Finanzierung wirklich lösen. Mit dem vorliegenden Antrag von der KPÖ gehen wir mit sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Gesek**: Werte Frau Stadträtin, ich muss Ihnen widersprechen, wenn Sie sagen, der Großteil der Pflegebedürftigen wird in Heimen gepflegt. 80 % bitte werden in den Familien gepflegt, die Bundesregierung, wie wir alle wissen, hat einen Betrag ausgeschüttet, wo für drei Jahre die Pflege gesichert ist und soviel mir bekannt ist, ja das stimmt, der Betrag war über 700 Millionen. Ich weiß den Betrag ganz genau, Frau Stadträtin und die Bundesregierung, soviel mir bekannt ist, arbeitet bereits an einem neuen Gesetz und wir wissen noch nicht, wird es Pflegeversicherung, Pflegefonds oder wie immer heißen, aber die Bundesregierung arbeitet bereits und ich muss sagen, wir haben in diesem Haus in dieser Richtung schon so viele Anträge gestellt, dass ich schon sage, ich weiß nicht, was wir eigentlich damit bezwecken wollen. Ich glaube, dass es wirklich schon wieder ein Vorwahlgeplänkel ist, denn an der Pflege wird gearbeitet, dass wir ein bundeseinheitliches Gesetz brauchen, wissen wir alle und dass wir die Pflege finanzieren müssen, das wissen wir auch alle und dass die Bundesregierung bereits daran arbeitet, wissen wir auch (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Ich habe es genauso dringend, Herr Bürgermeister, wie die Frau Kollegin Gesek zur Dringlichkeit. Frau Kollegin Gesek, dass die Bundesregierung an der Pflege arbeitet, das tut sie seit, warte, wann war der Pflegenotstand? 2005, Gusenbauer-Wahlkampf 2005/2006. Können Sie sich noch erinnern, die Mutter Schüssels, das war der Aufhänger für die Pflegediskussion in Österreich. Können Sie sich erinnern? Wissen Sie, was wir jetzt für ein Jahr haben? 2012, sind sieben Jahre vergangen, die Pflege ist nicht gesichert. Wir haben in der Steiermark eine Situation, wir haben in der Steiermark eine Situation, und Graz gehört auch zur Steiermark, Frau Kollegin Gesek, wir sind exterritoriales Freistaatsgebiet, wir haben in Graz eine Situation und in der Steiermark eine Situation, wo das Land Steiermark anschafft, aber sich an Verträge nicht hält und nicht zahlt, das im Bereich der Pflegeheimbetreiber. Also die Leistung wird zwar bestellt, aber ihre eigene Landesrätin Edlinger-Ploder, kann das sein, vormals für die Landestankstellen zuständig, jetzt für die Pflegebetten, genau die bestellt, aber zahlt nicht, das nennt sich Zechprellerei, Kollegin Gesek. Und im Bereich der Pflege, nämlich jener, die die Kollegin Taberhofer hier anspricht, im Pflegeregress ist es ja das Unsozialste gewesen in der Steiermark, einen Pflegeregress wieder einzuführen, das hat Ihre Frau Edlinger-Ploder gemacht, Kollegin Gesek, nur damit wir uns einmal verstehen, was da passiert ist.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Das war sie nicht allein, das war ein einstimmiger Beschluss.

GR. **Grosz:** Daher unterstützen wir, dass der Pflegeregress auch wieder abgeschafft wird. Man muss natürlich dazusagen, wie will man sonst das Pflegesystem finanzieren, das stimmt, dass wir ein hohes Problem...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Was hast du als Pressesprecher vom Haupt gemacht?

GR. **Grosz:** Und von dir lasse ich mir das überhaupt nicht sagen. Nämlich nach dem Jolly Heson war der Herbert Haupt der erste Sozialminister, der das Pflegegeld in der Republik wieder erhöht hat. Acht Jahre, nachdem das Pflegegeld eingeführt worden ist, von dir lasse ich mir das sicher nicht sagen und das wird auch die Kollegin Potzinger auch bestätigen, was dieser Sozialminister Haupt geleistet hat in diesem Bereich für Pflege. Das hat aber nichts mit dem Pflegeregress zu tun, wie finanziert man die Pflege, jawohl, indem man endlich hergeht und Rücklagen im Sozialversicherungsbereich dazu verwendet, eine dritte große Säule, nämlich die sogenannte Pflegeversicherung, endlich zu begründen. Wir haben in unserer österreichischen Gesellschaft jetzt mittlerweile im Altwerden mehrere Phasen des Menschen, die Jugend, das aktive Leben, das Seniorenalter, das Pensionistenalter und jetzt die Pflege, das bringt die Medizin, das bringt der Fortschritt mit sich und daher ist auch diese Pflege als eigenständiger Lebensabschnitt endlich auch versicherungstechnisch zu bewerten im Rahmen einer solidarischen Versicherung und da spricht nichts gegen eine Pflegeversicherung und es spricht nichts, dass wir die Pflegeversicherung teilweise dotieren, indem wir bei der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger hergehen und endlich die Rücklagen, nämlich drei Milliarden Euro laut Dr. Josef Moser, Rechnungshofpräsident, gell Herr Kollege Windhaber, diese Gelder endlich lukrieren und damit endlich einen Kranken- und Unfallversicherungsbereich machen, einen Pensionsversicherungsbereich und endlich eine Pflegeversicherung. Das hat auch der Herbert Haupt schon längst vorgeschlagen, zu deiner Information, lieber Kollege Hohensinner. Wir unterstützen das, ich halte den Regress in der Steiermark, ich halte das wirklich für eine Schweinerei, wäre ja vom Ordnungsruf umfasst, ich halte das wirklich für unsozial und selbst der Sozialminister Hundstorfer hat gesagt, das was die Steiermark gemacht hat, ich kann

mich erinnern an das, was die Frau Edlinger-Ploder mit dem Herrn Schrittwieser, dem Herrn Voves und dem Herrn Schützenhöfer gemacht hat, das würde er niemals mittragen. Wir unterstützen die Petition zur Abschaffung des Regresses (*Applaus BZÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Der Herr Bürgermeister geht davon aus, dass es eine Mehrheit geben wird. Ich hoffe natürlich auch, würde dann aber schon gerne mein Schlusswort quasi so ansetzen, dass ich auf den Abänderungsantrag der SPÖ gleich zu sprechen komme. Wir haben im Prinzip unseren Antrag...gut, dann mache ich inzwischen Stopp und wünsche mir eine Mehrheit für die Dringlichkeit und spreche dann weiter.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** zum Antrag: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Uli! Die Pflegebedürftigkeit ist ein Lebensrisiko, dessen finanzielle Konsequenzen Menschen wirklich sehr oft überfordern. Die Situation in Österreich ist so, dass es zwar seit kurzem einen Pflegefonds gibt, aber das ist wirklich die sprichwörtliche homöopathische Dosis. Wir haben für das Jahr 2011 als Stadt Graz nicht einmal zwei Millionen aus diesem Fonds bekommen, aus diesem Pflegefonds, also von einer Pflegesicherung durch diesen Fonds kann überhaupt keine Rede sein, weil vom Sozialbudget gehen 52 % nur in die stationäre Betreuung und Pflege. Also diese zwei Millionen, nicht einmal ganz zwei Millionen, sind wirklich nur der Tropfen auf dem heißen Stein. Und dass die Sozialhilfe, die jetzt diese Kosten abdeckt, nur wirklich ein untaugliches Mittel ist, das ist allen klar, deshalb sehen auch wir es ganz wesentlich,

dass eine Pflegesicherung angestrebt wird und wir sind auch dafür, dass der Pflegeregress abgeschafft wird, das hat unsere Sozialstadträtin schon ausgeführt. Betreffend Valorisierung, das ist der zweite Punkt beim Abänderungsantrag, ein klares Ja und zwar nicht bei der Stufe 1.500 Euro, sondern quer durch alle Richtsätze. In diesem Sinne stelle ich meinen Abänderungsantrag: Der Grazer Gemeinderat ersucht den Steiermärkischen Landtag, die Steiermärkische Landesregierung, den Städtebund, den Gemeindebund, in einer gemeinsamen Petition an den Bund dringend ein bundesweites Pflegegesetz und eine Pflegesicherung einzufordern, um damit in weiterer Folge den Pflegeregress abschaffen zu können. Und der zweite Punkt: Als Sofortmaßnahmen wird die Landesregierung aufgefordert, alle in den §§ 5 und 6 der Steiermärkischen Sozialhilfegesetz-Durchführungsverordnung festgelegten Richtsätze für die Regresspflicht, derzeit ab 1.500 Euro und dann aufsteigend, einer automatischen an die Teuerungsrate angepassten Valorisierung zuzuführen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Regierung des Gemeinderates, geschätzte Damen und Herren! Die ÖVP-Fraktion wird dem Abänderungsantrag der SozialdemokratInnen zustimmen. Selbstverständlich wollen wir auch die bundesweit einheitliche Regelung, wie Frau Kollegin Gesek schon ausgeführt hat, wird auf Bundesebene auch daran gearbeitet. Uns ist es wichtig, dass es nicht für jedes Bundesland andere Regelungen gibt, sondern dass wir da endlich eine einheitliche Regelung haben, dass es selbstverständlich die Valorisierung bei allen Stufen gibt und ich habe heute auch einen einfachen Antrag angebracht zu diesem Thema, uns ist auch wichtig, dass beim derzeitigen Pflegeregress Unterhaltsverpflichtungen stärker berücksichtigt werden. Vor allem bei Familien, die auf Ehe gegründet sind, werden derzeit die Unterhaltsverpflichtungen für nichterwerbstätige Ehepartner und für die Kinder nur auf schwierigem Wege über das Gericht berücksichtigt und hier könnte man sich einfachere Regelungen

vorstellen, zum Beispiel dass automatisch das Existenzminimum für jedes im Haushalt lebende Familienmitglied eingerechnet wird als Unterhaltsverpflichtung beim Pflegeregress. Wie gesagt, das Ziel muss sein, möglichst rasch die Absicherung der Pflege auf Bundesebene einheitlich zu erreichen. Deshalb Zustimmung zum Abänderungsantrag (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Die zwei Punkte, die im SPÖ-Abänderungsantrag stehen, stimmen im Prinzip von der Vorgangsweise auch bei unserem Dringlichen mit dem überein, also wir haben auch die Zweiteilung und in diesem Zusammenhang ist es so, dass wir im ersten Teil bei unserem Antragstext bleiben, also dem Abänderungsantrag im Punkt 1 nicht zustimmen können, weil wir für die Abschaffung des Regresses sofort sind und nicht quasi die Folgewirkung, wie es also im SPÖ-Antrag erst später, wenn alles andere diskutiert und geklärt ist, kann der Regress abgeschafft werden und der zweite Punkt, der ist fast ident, der einzige Punkt, der beim SPÖ-Abänderungsantrag etwas mehr präzisiert ist, auf alle festgelegten Richtsätze sich beziehen soll. In diesem zweiten Punkt würden wir dem Abänderungsantrag des SPÖ-Antrages zustimmen. Also Punkt 1 bleibt, in der Form stimmen wir zu, und Punkt 2 vom Abänderungsantrag der SPÖ. Wichtig ist für mich noch irgendwie dazuzusagen, wir haben ganz besonders nicht die Formen der Finanzierung der Pflegesicherung miteinbezogen, weil es da ganz sicher, ganz unterschiedliche Vorstellungen gibt. So sind wir zum Beispiel als KPÖ nicht für eine Pflegeversicherung, die als zusätzliche Belastung für die Menschen zu zählen ist, sondern es muss andere Formen der Finanzierung geben. Ich weiß, der Pflegefonds, der eingerichtet ist und mit 685 Millionen gespeist ist, wird 2014 ablaufen. Aber in dieser Zeit dazwischen werden wir auf verschiedenen Ebenen und eben nicht nur, dass wir das Thema an den Bund abschieben, wie das teilweise so ein bisschen durchklingt, sondern wir müssen auf allen Ebenen überlegen, welche Form der Finanzierung ist zur Sicherung der Pflege auf Perspektive vorstellbar, machbar, die nicht zulasten der Leute geht und eine

zusätzliche Belastung auf einem andere Weg irgendwie wieder verdeutlicht. Deshalb hoffe ich, dass der Pflegeregress abgeschafft wird und das möglichst schnell. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Punkt 1 des Abänderungsantrages der SPÖ wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Punkt 2 des Abänderungsantrages der SPÖ wurde einstimmig angenommen.

11) Sicherheit für Kindergarten-Kinder

GR. **Schröck** stellt namens von ÖVP, SPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme nun zu meinem dringlichen Antrag, der auch von den Klubs der ÖVP und der SPÖ unterstützt wird und ich möchte mich im Vorfeld beim heutigen Jubilar und Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg bedanken, der mit seinem Büro hier wertvolle Unterstützung und Recherche geliefert hat. Meine Damen und Herren! Vor vielen Schulen und Kinderbetreuungsstätten finden sich notwendigerweise Geschwindigkeitsbegrenzungsschilder, welche die Autofahrer darauf hinweisen, dass sie in diesem Gebiet einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h zu folgen haben. Durch diese Maßnahme wird die Aufmerksamkeit erhöht, während man das Risiko für die Kinder und Heranwachsenden möglichst minimiert. Viele dieser Schilder sind mit einer Zusatztafel mit der Aufschrift „an Schultagen von 07^h – 19^h“ versehen, was impliziert, dass an schulfreien Tagen und den Ferien diese

Geschwindigkeitsbegrenzung keine Wirksamkeit mehr hat. Trotzdem werden zahlreiche Kinderbetreuungsstätten aber gerade auch während der schulfreien Zeit genutzt, was die oben angeführten Zusatzschilder obsolet macht, da die Beschränkung natürlich auch an jenen schulfreien Ferientagen einzuhalten ist. Dies ist heuer an rund zehn Kinderbetreuungsstellen und Horten der Fall, die ich im Antrag auch aufgelistet habe. Aber da die Standorte jedes Jahr wechseln, muss es natürlich so sein, dass diese für nächstes Jahr erneut auszuarbeiten sind.

Die Sicherheit der Kinder muss daher auch an den schulfreien Tagen gewährleistet werden, was ein Entfernen beziehungsweise das Unwirksammachen dieser Zusatzschilder voraussetzt.

Daher stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker veranlasst die zuständigen Stellen, die rechtlichen Grundlagen zu prüfen, um die Zusatztafeln mit der Aufschrift „an Schultagen von 07^h – 19^h“ an den Geschwindigkeitsbegrenzungsschildern an den im Motivenbericht genannten Stellen von Montag bis Freitag unwirksam zu machen, damit die Sicherheit der Kinder auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Da diese Maßnahme schon die kommenden Ferientage betreffen soll, ist dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung am 5. 7. 2012 über die erfolgten Schritte Bericht zu erstatten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich bitte um breite Annahme.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem dieser dringliche Antrag von Seiten der ÖVP und der SPÖ unterstützt ist, ist die Dringlichkeit gegeben und wir können jetzt gleich zu Wortmeldungen zum Stück selbst kommen.

GR. **Dreisiebner** zum Antrag: Lieber Kollege Schröck! Dein Antrag ist der Intention in der Stoßrichtung von unserer Seite als sehr wichtig und sehr gut eingeschätzt worden. Wir werden daher dem Antrag und der Dringlichkeit zustimmen. Das Anliegen wurde schon an das Büro von der Lisa Rücker weitergegeben seitens des Stadtrates Eisel-Eiselsberg, den du erwähnt hast und seitens des Büros Rücker wird eine straßenrechtliche Prüfung oder wurde die straßenrechtliche Prüfung bereits veranlasst. Wir werden zwar nicht von null bis 19.00 Uhr, das war dein kurzer Versprecher, 7.00 bis 19.00 Uhr, du hast dich selbst korrigiert, ich weiß die Kinderbetreuungszeiten werden immer weiter ausgedehnt, aber soweit wollen wir es nicht haben. Also von 7.00 bis 19.00 Uhr, das lässt sich sicher machen, wird geprüft bereits und was dazuzusagen ist, das ist nur bei Schulen möglich durchzuführen, da hier die 30er-Zone gilt. Bei Kindergärten haben wir ein bisschen eine andere Situation. Dort darf man aus rechtlichen Gründen die Kinder nicht unbeaufsichtigt auf die Straße lassen, also vom Kindergarten weg oder zum Kindergarten hin und daher ist dort auch keine 30er-Beschränkung möglich. Aber wie gesagt, wir stimmen sehr gerne der Dringlichkeit beziehungsweise dem Inhalt zu (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Selbstverständlich unterstützt die ÖVP-Fraktion diesen dringlichen Antrag. Wir haben uns auch schon mehrfach zu dem Thema gemeldet. Vor allem was die Sicherheit der Kindergartenkinder betrifft. Es gilt eben nicht das Argument, dass nur vor Schulen, wo die Kinder selbständig, ohne Begleitung Erwachsener die Straße überqueren, diese

Sicherheitsmaßnahme notwendig ist, sondern auch vor Kindergärten, weil oft Mütter mit zwei oder drei Kindern unterwegs sind und es einfach ein Sicherheitsfaktor ist, dass es diese Geschwindigkeitsbeschränkung vor allen Kindergärten gibt. Deshalb selbstverständlich Zustimmung.

GR. **Schröck**: Ich möchte mich nur für die breite Zustimmung für diese gute Sache bedanken.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

12) Grundlagen beschaffen für Erörterung der Budgets und allfälliger Disparitäten von Kulturförderung und Sport im Gemeinderat

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch kurze Aufmerksamkeit zu meinem dringlichen Antrag. Es geht hier zum Betreff Grundlagen beschaffen für Erörterung der Budgets und allfälliger Disparitäten von Kulturförderungen und Sport im Gemeinderat. Es ist Budget vor dem Sommer, wird schon eifrig an den Budgets gearbeitet und ich glaube, es ist sehr wichtig, hier auch einmal grundlegende Überlegungen anzustellen, wie die Verhältnismäßigkeit der einzelnen Ressortbudgets untereinander und zueinander auch wirklich aussieht. Mir ist aufgefallen, dass bei Kennzahlvergleichen zwischen sozusagen Abgangsdeckung von Personen, die etwa das Kunsthaus besuchen, wo wir eine Abgangsdeckung haben pro Besucher, die in den dreistelligen Eurobereich

gehen und wenn man dem gegenüber vergleicht den sportlichen Bereich, Besucher, die wirklich auch aktiv tätigen, die zum Beispiel in die Union-Halle gehen sozusagen im Cent-Bereich oder unter dem Euro angesiedelt sind. Das ist meines Erachtens eine Disparität die absolut gegeben ist und wo hier man sich wirklich Gedanken machen muss, welche Ziele werden mit den einzelnen Ausgaben im Kultur- und Sportbereich wirklich erzielt, was ist wirklich absolut notwendig in der Stadt und ob es hier nicht, , ohne weitere Verschuldung anzustreben, es hier eine Umschichtung zwischen den Ressorts geben kann. Um das genauer zu überprüfen und zu überarbeiten, muss man natürlich in Fachgespräche eintauchen und hier wirklich einmal diese Dinge wirklich auf einen Tisch bringen, um hier die diesbezüglichen Gedanken anzustellen. Wichtig ist, dass man einfach auf das absolut Unverzichtbare und vertraglich beziehungsweise gesetzlich Gebundene schaut, konkret und transparent die Zahlen darlegt und dass man im Gemeinderat wirklich über das Fakultative, über das Mögliche berät, was wir beeinflussen können, um anknüpfend gemeinsam kluge und nützliche Lösungen zu finden.

Ich stelle daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die zuständigen Stadtsenatsreferenten ersuchen

- dem Gemeinderat in der Gemeinderatssitzung am 20.9.2012 betreff der beiden Ressorts Sport und Kunst über die jeweils gesetzlich wie auch über die vertraglich gebundenen Volumina und deren Zweckzuordnung sowie über die disponierbaren Volumina und deren dato gegebene sowie beabsichtigte Wirksamkeit zu berichten.

Ich glaube, das wäre eine wesentliche Grundlage für das kommende Budget. Dankesehr. Bitte um Zustimmung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit haben wir alle dringlichen Anträge abgearbeitet. Ich darf der Ordnung halber auch wieder ankündigen, dass heute in Summe 50 Initiativen eingebracht wurden, jeweils 21 Anfragen, 21 Anträge und die 8 dringlichen Anträge. Diese gelten auch, wie wir vereinbart haben, als eingebracht.